Gespräch zwischen Enver Hoxha und Pedro Pomar vom 18. 8. 1967

Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 12 vom 25. März 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonner Abhöraffären keine Einzelfälle

Über 3 Millionen Werktätige bespitzelt

Nur wenige Tage nach der „Erledigung" des Falles Traube steht die Bonner Regierung als Lügnerin da. Hatte nicht Bundesinnenminister Maihofer immer wieder beteuert, die Bespitzelung Traubes sei ein einmaliger Fall gewesen und waren diese Erklärungen nicht vom gesamten Kabinett mit Kanzler Schmidt an der Spitze abgesegnet worden? Da wurden die „Wanzen" entdeckt, mit deren Hilfe im Stammheimer Gefängnis die Gespräche zwischen den RAF-Gefangenen und Verteidigern belauscht worden sind. Da sah sich der Fraktionssprecher der SPD im Bundestag, Terjung, gezwungen zuzugeben, daß mit weiteren Enthüllungen über die Spitzel- und Abhörpraxis der Behörden zu rechnen sei.

Eine der Enthüllungen, die Terjung fürchtet, ist allerdings schon länger bekannt: die Bespitzelung des Hamburger Rechtsanwalts Kurt Groenewold. Groenewold, der sich als Verteidiger in den Stammheimer Prozessen nicht zum Büttel der Staatsanwaltschaft hat machen lassen, wurde deshalb nicht nur von dem Verfahren ausgeschlossen, sondern auch wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" nach Paragraph 129 a angeklagt. Ein Jahr lang, vom April 1975 bis Mai 1976, zapfte der Verfassungsschutz die Telefone seiner Anwaltspraxis, seinen Privatanschluß und die Telefone der Grundstücksverwaltung Groenewold an. Sämtliche Gespräche, insgesamt über 20.000, wurden auf Tonband aufgenommen und die Gesprächsteilnehmer wurden ermittelt. Groenewold ist nur einer von vielen fortschrittlichen Anwälten. Was bei ihm gemacht worden ist, war sicher kein Einzelfall.

Hält sich diese Spitzelei noch im Rahmen der geltenden Gesetze? Bleiben die Bestimmungen des Grundgesetzes gewahrt? Mit solchen „Fragen" und „Überlegungen" hat uns die regierungsamtliche Propaganda in den letzten Wochen förmlich überschüttet. Auch die modernen Revisionisten der D„K"P hauten in dieselbe Kerbe. „Die Demokratie ist in Gefahr, das Grundgesetz verletzt", so tönten sie und forderten die strikte Einhaltung der Verfassung. Betrachtet man aber die Sache genauer, entpuppen sich alle diese „Fragen" und „Überlegungen" als raffiniertes Ablenkungsmanöver. Wir wissen ganz genau, daß die Bourgeoisie, wenn es ihr unumgänglich erscheint, auch nicht davor zurückschreckt, auch ihre eigenen Gesetze zu brechen. Aber im allgemeinen hat sie das gar nicht nötig. Dienen doch die Gesetze dazu, die Ausbeuterordnung der Kapitalisten aufrechtzuerhalten und zu schützen, wurden sie doch verabschiedet, nicht etwa, um den Werktätigen demokratische Freiheiten und Rechte zu garantieren, sondern um sie zu unterdrücken. Die Schnüffelei der Geheimdienste ist vollständig legal und durch entsprechende Gesetze abgesichert.

Seit dem 1. November 1968 dürfen alle westdeutschen Geheimdienste Telefone anzapfen, Briefe öffnen und lesen (vorher durften das nur der CIA und andere Geheimdienste der Besatzer). In jedem größeren Postamt gibt es ein „schwarzes Kabinett", einen speziellen Raum für die Schnüffler, der mit modernsten Aufnahmegeräten ausgestattet ist. Hier kann durch eine einfache Schaltung jedes beliebige Gespräch abgehört und aufgenommen werden. In demselben Raum befinden sich auch die Anlagen zur geheimen Öffnung von Briefen mit Wasserdampf. Allein der Bundesnachrichtendienst unterhält außerdem auf dem Gebiet der Bundesrepublik über 100 Außenstellen.

Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz macht es allen Behörden zur Pflicht (darunter fallen auch Krankenhäuser und Schulen), etwaige verdächtige Beobachtungen dem Verfassungsschutz zu melden. In der einen oder anderen Form gibt es ähnliche Bestimmungen auch in anderen Bundesländern. Diese Gesetze und Bestimmungen übertreffen sogar noch das von den Hitlerfaschisten erlassene Gestapogesetz von 1933, das es „lediglich" allen Polizeibehörden zur Pflicht machte, solche Beobachtungen an die Gestapo weiterzuleiten. Damit nicht genug ist vor einiger Zeit

Fortsetzung auf Seite 2



Datenbandarchiv des Verfassungsschutzes

Mairs Graphische Betriebe Stuttgart

Roter Betriebsrat mit 53% der Stimmen gewählt

Kürzlich wurde in einer Stuttgarter Bogenoffsetdruckerei mit hohem Stimmenanteil ein Roter Betriebsrat gewählt. Bei MGB (Mairs Graphische Betriebe, ca. 100 Beschäftigte) mußte die Neuwahl des Betriebsrates durchgeführt werden, weil der alte Betriebsrat zurückgetreten war. Grund: die große Empörung der Arbeiter über seinen ständigen Verrat an ihren Interessen. So gab er z. B. der Geschäftsleitung seine Zustimmung zu dauernden Zwangsüberstunden. Auch hatten Betriebsratsmitglieder in Zusammenarbeit mit den Bonzen der IG Druck und Papier sich als Abwiegler beim großen Druckerstreik des vergangenen Jahres hervorgetan.

Einen letzten Hilfsdienst für die Geschäftsleitung leistete der zurückgetretene Betriebsrat noch, indem er sich dafür einsetzte, daß die Neuwahl im Sinne der Unternehmer über die Bühne ging (was allerdings dann doch mißglückte). So weigerte er sich unter anderem strikt, anläßlich der anstehenden Wahl eine Belegschaftsversammlung einzuberufen. Die Kapitalisten von MGB hatten nämlich große Angst vor einer Politisierung des Wahlkampfs, zumal sie ja wußten, daß ein revolutionärer Arbeiter kandidierte.

Ein großer Teil der Belegschaft sympathisierte bereits vor der Wahl mit dem revolutionären Kandidaten. Denn man kannte ihn als einen Kollegen, der immer eine klare und mutige Haltung gegen die Kapitalisten und auch gegen den Bonzenapparat der IG Druck und Papier eingenommen hatte. Als die Bosse ihm einmal mit Entlassung gedroht hatten und der Prokurist ihn in provozierender Weise fragte, ob er Mitglied in der Kommunistischen Partei sei, hatte er sich überhaupt nicht einschüchtern lassen. Unter dem Beifall der Kollegen hatte er damals diese Provokation auf der Belegschaftsversammlung angeprangert, worauf die Geschäftsleitung den Schwanz einzog. Die Arbeiter schätzten ihren revolutionären Kollegen unter anderem auch deshalb sehr, weil er damals, beim Druckerstreik, auf der Streikversammlung vor tausend Kollegen aufgetreten war und mutig die schmutzige Streikbruchtaktik des Gewerkschaftsapparates entlarvte und dazu aufrief, den Streik konsequent weiterzuführen.

Eine Woche vor der Wahl wurde am Betrieb ein Flugblatt der KPD/ML verteilt, das erste kommunistische Flugblatt überhaupt an diesem Betrieb. Überschrift: **„Wir brauchen keinen Betriebsrat nach dem Geschmack der Kapitalisten!"** Damit war die von den Bossen und ihren Handlangern gewünschte „unpolitische" Wahl endgültig in die Binsen gegangen.

Das Flugblatt entlarvte den alten Betriebsrat anhand seiner Taten. *„Dieser Betriebsrat"* — heißt es dann im Flugblatt — *„hat nicht etwa*

Fortsetzung auf Seite 4

Agrarbericht im Bundestag

Noch mehr Kleinbauern sollen ruiniert werden

Jeder Kleinbauer kann sich nur an den Kopf fassen, wenn er seine Lage mit den großen Sprüchen vergleicht, die Landwirtschaftsminister Ertl am Freitag letzter Woche im Bundestag von sich gab, als er seinen Agrarbericht vortrug. Da hieß es, daß es den Bauern im letzten Geschäftsjahr wesentlich besser ergangen sei und die Bundesregierung alles ihr Mögliche getan habe. Aber für wen? Für die Kleinbauern und ihre schwierige Lage? Im Gegenteil. „Gesundung der Landwirtschaft" heißt für Ertl und seine Regierung, daß das Großkapital die Kleinbauern immer fester in den Würgegriff bekommt, aus ihnen das Letzte herauspreßt, ihnen das letzte Hab und Gut raubt und auf diese Weise die Profite erhöht.

25.000 DM betrage das Durchschnittseinkommen der Bauern, verkündete Ertl, das sei eine Steigerung um 20%. — Mit bürgerlicher Statistik läßt sich eben alles beweisen. Tatsache vielmehr ist, daß das Einkommen verschiedener Großbauern und Agrarkapitalisten um über 80% gestiegen ist, während die breite Masse der Kleinbauern ihr Einkommen nur so geringfügig erhöhen konnte, daß die Preissteigerungen das glatt wieder wegfraßen und letztlich oft sogar ein Minus herauskam.

Wenn man die Landwirtschaftsbetriebe nach größeren und kleineren aufschlüsselt, kommen daher auch ganz andere Ergebnisse zutage. Danach verdiente das untere Viertel der kleinen Marktfruchtbetriebe 3.215 DM pro Familienarbeitskraft im Jahr, das untere Viertel der Veredelungsbetriebe 9.598 DM, das untere Viertel der Futterbaubetriebe 6.744 DM und das untere Viertel der Gemischtbetriebe 4.741 DM pro Familienarbeitskraft im Jahr. Daraus ergibt sich für das untere Viertel der Kleinbetriebe der verschiedenen Zweige ein Durchschnitt von

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Gemeinsame Erklärung der RKP Chiles und der KPD/ML 3
Kampf gegen die Entlassung Gerd Coldeweys 4
Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung — Deutsche Ausgabe des Buches von Filip Kota 5
„Unvereinbarkeitsbeschlüsse" in der GDCF 6
Prozeß gegen den „Roten Morgen" 6
Verschärfte Haftbedingungen gegen politische Gefangene 7
Rote Kurzgeschichte: Bauer, wer hat ein Herz für dich? 8
Internationale Großveranstaltung in Athen 10

Über 3 Millionen Werktätige bespitzelt

Fortsetzung von Seite 1

durch den sogenannten „Radikalenerlaß" der Verfassungsschutz ermächtigt, jeden angehenden Lehrer zu bespitzeln, eine Akte über ihn anzulegen, damit die Schulbehörden die revolutionären und fortschrittlichen Lehrer um so besser aus dem Schuldienst herauswerfen bzw. gar nicht erst hineinlassen können.

Auf dem Boden der Bundesrepublik operieren aber nicht nur die westdeutschen Geheimdienste, sondern auch die der Besatzer. So ist die Bundesrepublik der stärkste Stützpunkt des CIA in Europa. Für den CIA und die anderen Geheimdienste der Besatzer gelten Ausnahmebestimmungen, die es ihnen ebenfalls erlauben, völlig „legal" zu spionieren und zu schnüffeln.

Jeder kann sich anhand der Tatsachen selbst ein Bild davon machen, wie lächerlich und verlogen die „Überlegungen" sind, ob sich diese oder jene Aktion der Geheimdienste noch an die bestehenden Gesetze hält oder nicht. Was diese Propaganda in Wirklichkeit vertuschen soll, ist, daß die Bespitzelung der Werktätigen in unserem Land fester Bestandteil der Arbeit des bürgerlichen Staates ist, daß die Bespitzelung der Bürger zum kapitalistischen Staat gehört, wie der Deckel zum Topf.

1975 erklärte Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundestag: *„Es kommt — ich spreche es aus — auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an. Ich spreche auch aus, daß es darüberhinaus auf die Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten ankommt, die das Gesetz nach Artikel 10 des Grundgesetzes zur Verfügung gestellt hat."*

So, tönte Schmidt, soll die „Herausforderung des Terrorismus" angenommen werden, sollen der Bürger und die Demokratie „geschützt" werden. Aber um wessen Schutz geht es denn in Wirklichkeit? Sind es wirklich nur einige „Terroristen", denen der ganze Aufwand gilt? Wir wissen, wer im Stürmerjargon Schmidts „Terrorist", „Chaot" usw. genannt wird.

Dazu gehören selbstverständlich in erster Linie die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten, vor allem unsere Partei. Dazu gehören aber auch Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke, Komitees zum Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen oder Mieterhöhungen. Dazu gehören natürlich auch streikende Arbeiter, und die Spitzel des Verfassungsschutzes fotografieren, beobachten, hören ab und legen Akten an, verfassen „schwarze Listen".

Allein die Zahl der vom Verfassungsschutz und den anderen Geheimdiensten bespitzelten Menschen, die in den Karteien lagernden und in den Computern gespeicherten über drei Millionen Namen, zeigen, daß sich die Bespitzelung direkt gegen den Bürger, gegen die Werktätigen, gegen alle richtet, die die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen, daß dieser ganze Apparat dem Schutz der Herrschaft der Bourgeoisie, ihrer Diktatur über die Werktätigen dient.

Die ganze Aufregung in Bonn, die „rechtsstaatlichen Überlegungen" usw. beweisen nicht im geringsten die Empörung der Herren über die Praktiken der Geheimdienste. Im Gegenteil. Ihre einzige Sorge ist, daß diese Dinge überhaupt ans Licht gekommen sind und, da das schon nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, wie die allgemeine Empörung abgelenkt werden kann. Sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit, sie halten die Spitzeltätigkeit geheim, damit die demokratische Fassade, hinter der sich die Diktatur der Bourgeoisie verbirgt, nicht allzu brüchig wird. Es liegt auf der Hand, daß die Karteien des Verfassungschutzes, die in den Computern gespeicherten Millionen Namen, nur einen Zweck haben können: **im Falle einer Verschärfung der Klassenkämpfe, im Fall einer revolutionären Situation, die Kommunisten, die revolutionären und fortschrittlichen Menschen „auszutilgen", wie Schmidt vor dem Bundestag in goebbelscher Manier erklärte.**

Die Kapitalistenklasse wird, ohne zu zögern, um ihre Herrschaft zu retten, erneut versuchen, die faschistische Diktatur zu errichten. Sie treibt schon jetzt die Faschisierung voran und dazu gehört auch der Ausbau der Geheimdienste, die umfassende Bespitzelung der Werktätigen. Es ist klar, daß alle diese Praktiken keinesfalls in das schön gemalte Bild der Demokratie gehören, das uns von Schmidt und Co. gepredigt wird. Sie enthüllen vielmehr, daß diese Demokratie in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur der Bourgeoisie, die sich darauf vorbereitet, auch noch die letzten demokratischen Freiheiten und Rechte zu beseitigen. Sie enthüllen, daß der bürgerliche Staat ein Feind der Werktätigen ist, ihrer Unterdrückung dient, daß dieser Staat entschieden bekämpft werden muß. **Sie zeigen auch, daß die Bourgeoisie keinesfalls freiwillig ihre Herrschaft aufgeben wird. Sie muß im Gegenteil in der proletarischen Revolution gestürzt werden.**

Noch mehr Kleinbauern sollen ruiniert werden

Fortsetzung von Seite 1

5.974 DM Einkommen pro Familienarbeitskraft im Jahr! Und davon müssen die Kleinbauern leben!

Nicht viel anders sieht es mit den Löhnen der Landarbeiter aus — nicht selten vom Kapital enteignete Kleinbauern, die nun ihre Arbeitskraft an Großbauern und Agrarkapitalisten verkaufen müssen. Ertl preist in seinem Bericht eine Tariferhöhung von 8% für die Landarbeiter. Das hört sich immerhin nach etwas an. Aber wieviel erhalten denn die Landarbeiter? Sie erhalten im Durchschnitt, wenn sie in Hausgemeinschaft leben, bei einer tariflich festgelegten 44-Stunden-Woche einen Bruttomonatslohn von 1.007 DM. In Gartenbaubetrieben z. B. erhielten weibliche Facharbeiterinnen im letzten Geschäftsjahr einen Stundenlohn von 5,87 DM brutto. So sieht die wirkliche Lage des Landvolks aus. Sicher, der Großbauer im Dorf konnte sich dagegen nicht nur einen neuen Viehstall und neue Zuchtbullen leisten, sondern er konnte — subventioniert durch die Regierung — auch noch sein feudales Wohnhaus ausbauen und renovieren, von seinem Bankguthaben ganz zu schweigen. Und bei den Agrarkapitalisten mit ihren Viehzuchtfarmen und Großländereien sind Anschaffungen und Gewinne des letzten Geschäftsjahres noch einige Nummern größer.

Dafür aber, betont Ertl in seinem Bericht, habe die Regierung auf dem sozialen Sektor auf dem Land viel erreicht. Das Altersgeld für Bauern sei ebenso wie die Renten um 11% erhöht worden. Doch wie hoch ist denn diese Rente für die Bauern? Die Grundstufe beträgt für Verheiratete 362,10 DM und für Alleinstehende 241,60 DM. Wenn der Bauer also ganze 45 Jahre Altersversicherung gezahlt hat, erhält er danach für sich und seine Frau 687,99 DM und als Alleinstehender 457 DM. Das liegt knapp über der offiziellen Elendsgrenze. Während zugleich aber die Rente um 11% erhöht worden ist, ist der Beitrag für diese Hungerrente um 15% gesteigert worden. Auch das Krankenversicherungswesen ist effektiv für die Bauern verschlechtert worden. Sie müssen sich seit dem letzten Geschäftsjahr z. B. an den Kosten bei Zahnersatz selbst beteiligen. So sieht die „Steigerung der Sozialleistungen" in Wirklichkeit für die Kleinbauern aus.

Ein weiteres Argument Ertls für die „erfolgreiche Agrarpolitik" der Regierung ist, daß im letzten Jahr weniger Höfe aufgegeben worden sind als in den Jahren zuvor. Es waren nach offizieller Zählung „nur" 15.700 Höfe, die ruiniert worden sind, „nur" 15.700 Familien, die ihren Hof verlassen mußten. Der Grund dafür jedoch liegt keineswegs darin, daß es den Kleinbauern besser geht. Viele von ihnen sagen sich vielmehr: Lieber den Schuldenberg auftürmen, solange es irgend geht. Denn die Alternative heißt für sie: arbeitslos zu sein, ohne alles dazustehen, da die Arbeitslosigkeit insbesondere auf dem Land sich verschärft hat. Ein wirklich großartiger Erfolg der Bonner Agrarpolitik!

Die Bonner „Subventionen für die Landwirtschaft" beweisen: Hier werden keineswegs etwa die Kleinbauern unterstützt, um ihre Betriebe aus den roten Zahlen herauszubringen, sondern hier werden auf Kosten der Kleinbauern und aller Werktätigen der Bourgeoisie in der Landwirtschaft, den Agrarkapitalisten und den Großbauern Milliarden und Abermilliarden in den Rachen geworfen. Nehmen wir als Beispiel die Investitionsförderung beim Neubau von Kuhställen. Zweifellos könnte jeder Kleinbauer, der Viehwirtschaft betreibt, eine solche Förderung dringend brauchen. Doch wie geht diese Förderung tatsächlich vor sich? Es wird lediglich der Bau von solchen Kuhställen gefördert, die mehr als 60 Kühe fassen. Wer aber hat denn mehr als 60 Kühe? Wem kommen also diese Subventionen zugute? Nicht anders ist das bei der Investitionsförderung für die Schweinemast. Dort ist jetzt die Förderungsgrenze verschoben worden. Doch nicht etwa nach unten hin, so daß auch die kleinen Bauern davon Gebrauch machen können, sondern nach oben hin: Danach erhält jetzt erst derjenige Investitionsförderung, dessen Reingewinn 190.000 DM im Jahr beträgt.

Ertls Agrarplan ist nicht anders als in den letzten zwanzig Jahren eine Politik, die auf die Ruinierung der Kleinbauern und auf den Profit und die Stärkung der Großbauern und der Agrarkapitalisten hinausläuft. Entgegen allen Beschönigungen, allen Lügen über „Erfolge" richten sich die Pläne der Regierung nicht im geringsten darauf, die Kleinbauern zu stärken, sondern sie von ihren Höfen zu verjagen. Ertls Plan für die kommenden Jahre will dies sogar noch forcieren. Bis 1982/83 sollen 297.000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft vernichtet werden — vernichtet werden zugunsten des Kapitals und seines Profits.

Offen gesagt ...

Unverschämte Butterpreise!

Einkauf fürs Wochenende: Man steht im Selbstbedienungsladen, sieht die Butter in der Kühltruhe und überlegt sich: Sollst du, sollst du nicht? 2,10 DM das halbe Pfund? Dann muß Margarine es eben auch tun. — Wie vielen Hausfrauen ist es nicht schon ähnlich ergangen?

Dem Preis nach müßte Butter Mangelware sein. Doch das Gegenteil ist der Fall. In den Lagerhäusern der EWG erreicht der Butterberg ständig neue Rekordhöhen. Um für die nächsten Überschüsse Lagerraum frei zu machen, wurden kürzlich erst 36.000 Tonnen Butter nach Moskau zu Spottpreisen verschleudert: für 75 Pfennige das halbe Pfund! Wie es zu diesem Preis kommt? Weil der EG-Apparat des westeuropäischen Monopolkapitals jedes Kilo Butter, das exportiert wird, mit 6,29 DM subventioniert — von unseren Steuergeldern.

Wenn der Butterverkauf zugunsten der Nahrungsmittelkonzerne unverschämterweise von unseren Steuergeldern subventioniert wird — warum wird die Billigbutter dann nicht zumindest auf dem EG-Markt verkauft?

Genau das war auch die Frage eines dänischen Abgeordneten im EG-Parlament. Doch er bekam nicht einmal eine Antwort — so absurd erschien dem EG-Apparat diese Frage. Das „Handelsblatt", die Wirtschaftszeitung der westdeutschen Kapitalisten, schüttelte ebenfalls mißbilligend den Kopf: „Tatsächlich erweist sich die ‚einfachste Lösung', der massive Absatz von Billigbutter, der von einigen Politikern und Abgeordneten wider besseres Wissen oder in Verkennung der Zusammenhänge hier und da propagiert wird, als ‚politisch unmöglich'."

Worin besteht denn aber diese „politische Unmöglichkeit"? Das „Handelsblatt" spricht da ganz offen: Einmal sei es wegen der „Margarine-Lobby" und zum anderen wegen der „Lieferländer für Margarine-Rohstoffe" politisch unmöglich, Butter bei uns billiger als Margarine zu verkaufen. Das „Handelsblatt" bestätigt damit einmal in aller Offenheit, daß es die kapitalistischen Monopole sind, die bestimmen, was für die Abgeordneten „politisch möglich" oder „unmöglich" ist, daß es also die Nahrungsmittelkonzerne wie Unilever und Oetker sind, deren Diktat bestimmt, daß Butter nicht billiger als ihre Margarine verkauft werden darf.

Und was sind das für „Lieferländer für Margarine-Rohstoffe", die ebenfalls verhindern, daß Butter billiger verkauft wird? Es geht dabei um die US-Imperialisten. Wie das „Handelsblatt" schreibt, wurden in den sechziger Jahren „Konzessionen der USA im gewerblichen Sektor mit einer weitgehenden Öffnung des Marktes für Soja und andere Ölfrüchte erkauft". Das heißt, daß für die US-Imperialisten die Zölle für Margarine-Rohstoffe gesenkt wurden. Würde aber Butter billiger als Margarine verkauft oder auch nur gleich teuer, so wäre das Geschäft für die US-Imperialisten dahin. Neben den Molkerei-Konzernen sind es also auch die „Margarine-Lobby" und die US-Imperialisten, die die hohen Butterpreise diktieren.

Das Hochhalten der Butterpreise wird vom Staatsapparat mit Milliarden Steuergeldern finanziert. Allein das gesamte Milchgeschäft der Nahrungsmittelmonopole wird von der EG im kommenden Jahr mit elf Milliarden DM Steuergeldern subventioniert, so daß inzwischen bereits erwogen wird, die Steuern weiter zu erhöhen. Im Ergebnis heißt das nichts anderes, als daß wir mehr Steuern zahlen sollen dafür, daß wir uns auch in Zukunft keine Butter leisten können, sondern uns mit Margarine begnügen müssen. Das ist EG-Politik — eine Politik im Interesse der kapitalistischen Monopole Westeuropas, eine Politik im Interesse des US-Imperialismus, die den Werktätigen die Butter vom Brot nimmt.

Kurz berichtet

HAMBURG

In Hamburg erschien jetzt die erste Nummer der Stadtteilzeitung „Roter Eimsbüttler". In dieser ersten Nummer der Zeitung stellt sich die Stadtteilzelle Eimsbüttel den Werktätigen vor. Andere Artikel gehen auf die Demonstration gegen das KKW Brokdorf, auf den III. Parteitag usw. ein.



FRANKFURT

Am 18. 2. fand in Frankfurt eine kleine Veranstaltung der ROTEN GARDE statt. Genossen, die in Moskau waren, berichteten über Betrieb, Gewerkschaft, die Lage der Jugend usw. im sozialimperialistischen Rußland. Durch eine Gegenüberstellung der Verhältnisse dort mit den Verhältnissen im sozialistischen Albanien konnten die über 30 Freunde und Genossen der Partei und der ROTEN GARDE deutlich und klar sehen, was ein sozialistisches und was ein sozialfaschistisches Land ist. Am Ende der Veranstaltung wurden über 100 DM zur Unterstützung der Sektion DDR gesammelt.

RÜSSELSHEIM

Am 5. 3. 77 fand in Rüsselsheim eine Veranstaltung zur Freilassung von Bernd Hübner aus der Haft in der DDR statt. Zur Unterstützung der Sektion DDR wurden 55 DM gesammelt.

WILHELMSHAVEN

Am 11. 3. fand in Wilhelmshaven eine Veranstaltung der ROTEN GARDE statt zum Thema „Kein KKW in Wyhl, Brokdorf oder anderswo". Auf dieser Veranstaltung wurde auch über die Entlassung des Roten Betriebsrats Gerd Coldewey berichtet und eine Protestresolution gegen seine Entlassung verabschiedet. Zu seiner Unterstützung wurden 72,80 DM gesammelt.

WESTBERLIN

Am 1. August sollen die Fahrpreise für die öffentlichen Nahverkehrsmittel in Westberlin um durchschnittlich 23% erhöht werden. Um den Kampf gegen die Preistreibereien zu organisieren, haben sich zahlreiche Berufsschulen, Jugendclubs, Klassensprecher, Schulsprecher und Jugendvertretungen zu einer Aktionseinheit zusammengeschlossen. Diese Aktionseinheit und ihre gemeinsame Plattform werden auch von der ROTEN GARDE unterstützt. Durch den entschlossenen Kampf der Genossen der ROTEN GARDE gelang es durch einstimmigen Beschluß der Lehrlinge und Schüler die Trotzkisten, die sich in die Aktionseinheit einschleichen wollten, hinauszuwerfen. Am 18. März hat die erste Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen stattgefunden, an der sich über 500 Jugendliche beteiligten. Die ROTE GARDE verteilte bei der Demonstration ein Flugblatt und marschierte in einem eigenen Block mit. Auf der Abschlußkundgebung sprach unter anderem auch ein Genosse der ROTEN GARDE, der die Jugendlichen zum revolutionären Kampf gegen den Senat aufrief, um die Fahrpreiserhöhungen zu Fall zu bringen.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Gemeinsame Erklärung des ZK der RKP Chiles und des ZK der KPD/ML

Vertreter des Zentralkomitees der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten haben sich vor einiger Zeit getroffen und wichtige Probleme der internationalen Lage, der Lage in Chile und in Deutschland sowie die Probleme, die sich daraus für eine marxistisch-leninistische Strategie und Taktik im revolutionären Kampf ergeben, diskutiert.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles unterstützt entschieden den Kampf des deutschen Proletariats und der deutschen werktätigen Massen unter der Führung der KPD/ML für die bewaffnete sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

In Westdeutschland und Westberlin ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution der westdeutsche Imperialismus. Als zweitwichtigsten Feind bekämpfen das Proletariat und die werktätigen Massen in Westdeutschland und Westberlin den USA-Imperialismus. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles unterstützt den Kampf für den Abzug aller Besatzertruppen aus Westdeutschland und Westberlin und für den Austritt der Deutschen Bundesrepublik aus der NATO und der EWG.

In der DDR herrscht eine sozialfaschistische Diktatur. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles begrüßt die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. In der DDR ist der sowjetische Sozialimperialismus der Hauptfeind im Kampf für die sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Der zweitwichtigste Feind der Werktätigen in der DDR ist die neue Bourgeoisie, die ebenfalls in der sozialistischen Revolution gestürzt werden muß. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles unterstützt den Kampf der Werktätigen der DDR für die vollständige Vertreibung der sowjetischen Besatzungstruppen und für den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt und dem RGW.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles unterstützt die Position der KPD/ML, daß die Lösung der nationalen Frage in Übereinstimmung mit den Interessen des Proletariats nur durch die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten erreicht werden kann.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles unterstützt entschlossen den Kampf ihrer deutschen Bruderpartei gegen den modernen Revisionismus und alle übrigen Strömungen des Opportunismus wie auch gegen alle parteifeindlichen Gruppen.

Die KPD/ML unterstützt entschlossen den heldenhaften Kampf der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes unter der Führung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles für den Sturz der militärfaschistischen Diktatur und die Anstrengungen der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles zur Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte und Volksteile in einer breiten Front des Volkes. Die faschistische Militärjunta vertritt die Interessen der wichtigsten Feinde des chilenischen Volkes: des USA-Imperialismus, der chilenischen Monopolbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Der Kampf zum Sturz der Diktatur ist Teil des Kampfes der Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes mit dem Ziel der Ergreifung der Staatsmacht, der Volksdemokratie und des Sozialismus.

Die Erfahrungen Chiles haben einmal mehr bewiesen, daß die Eroberung der Macht in Chile nur möglich sein wird durch die Bildung einer großen Front der Arbeiter, Bauern und anderer Volksteile, die unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei, der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, im Laufe des Kampfes den Volkskrieg entfaltet und ihre eigene Volksarmee entwickelt als einzigen Weg zu ihrer endgültigen Befreiung.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles entlarvte zur rechten Zeit und entschieden den Betrug und den Verrat der modernen Revisionisten, ihren „chilenischen Weg zum Sozialismus", die kreolische Spielart des „friedlichen Weges" ihrer russischen sozialimperialistischen Herren. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles rief die Massen auf, bei ihrer Befreiung nur auf ihren eigenen Kampf zu bauen und sich keine Illusionen über die reaktionären proimperialistischen Streitkräfte zu machen.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles entlarvte die revisionistische Partei als Agentur der Bourgeoisie und des sowjetischen Sozialimperialismus, die die Massen in jeder Hinsicht zu entwaffnen und ihre Kämpfe niederzuschlagen versuchte. Sie wies nach, daß der angeblich „friedliche Weg zum Sozialismus" der revisionistischen Partei in Wirklichkeit in der Rettung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, in der beschleunigten Entwicklung ihrer staatsmonopolistischen Formen bestand, wie es den Interessen vor allem der chilenischen bürokratischen Bourgeoisie entsprach.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles entlarvte, daß sich die revisionistische Partei durch ihre ganze Tätigkeit zum Komplizen des faschistischen Putsches machte, der vom USA-Imperialismus und den reaktionärsten Kreisen des Landes organisiert wurde.

Gerade heute begeht der Revisionismus in Chile erneut einen großen Verrat, indem er den antifaschistischen Kampf boykottiert und den Massen das Vertrauen in einen „demokratischen Sektor" der Pinochet-Armee, in den USA-Imperialismus und seine chilenische Agentur, die Christdemokratie des Herrn Frei, predigt und diese bedingungslos dabei unterstützt, die faschistische Militärjunta zu ersetzen.

Es ist möglich, daß die Bourgeoisie die faschistische Militärjunta ersetzt und einige formale Änderungen vornimmt, ohne die Herrschaft des Imperialismus anzutasten. Die Arbeiterklasse aber und das Volk kämpfen mit allen Mitteln für ihren Sturz, für die Auslöschung der Erscheinungsformen des Faschismus aus allen Aspekten des nationalen Lebens und für den Vormarsch zur Ergreifung der Macht.

Die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten unterstützt entschieden den Kampf, den die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles auch gegen den westdeutschen Imperialismus in ihrem Land führt, und betrachtet diesen Kampf als Hilfe für den Sturz der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Hinsichtlich der internationalen Lage sind beide Parteien übereinstimmend der Ansicht:

Die Epoche, in der wir leben, ist die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, die heute durch die sich ständig verschärfende allgemeine Krise des Kapitalismus gekennzeichnet ist. Daran hat auch die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den anderen ehemals sozialistischen Ländern des Warschauer Pakts nichts geändert.

Die gegenwärtige Lage in der Welt ist das Ergebnis der Entwicklung und Verschärfung der von Lenin und Stalin analysierten wesentlichen Widersprüche unserer Epoche. Diese Widersprüche sind:

— der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen (einschließlich der revisionistischen) Ländern;

— der Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern und dem Imperialismus (einschließlich dem Sozialimperialismus);

— der Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus (besonders den beiden Supermächten) andererseits;

— die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und Finanzgruppen.

Alle diese Widersprüche entwickeln und verschärfen sich auf der Basis des Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung.

Die wesentlichen Widersprüche und die Kämpfe, die sie verursachen, sind miteinander verbunden und beeinflussen einander. Keinen dieser wesentlichen Widersprüche darf man verwischen oder leugnen. Durch die Entwicklung und Verschärfung dieser Widersprüche ist eine Weltlage entstanden, die, insgesamt gesehen, für den Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker günstig ist.

In den kapitalistischen und revisionistischen Ländern entfaltet sich in wachsendem Maße der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie mit dem Ziel der sozialistischen Revolution.

Der Kampf der unterdrückten Völker und Nationen gegen den Imperialismus, insbesondere gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen die Reaktion und den Revisionismus, nimmt einen großen Aufschwung.

Die Existenz des sozialistischen Albanien und des sozialistischen China ist für den revolutionären Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker von großer Bedeutung. Die sozialistischen Länder, die am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festhalten, sind Stützpunkte im Kampf gegen den Imperialismus, die Reaktion und den Revisionismus, für den Triumpf des Sozialismus im Weltmaßstab.

Beide Parteien unterstreichen, daß der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens ein bedeutendes Ereignis für die gesamte internationale marxistisch-leninistische Weltbewegung war. Sie sind der Ansicht, daß besonders der Bericht des Genossen Enver Hoxha, in dem er die grundlegenden Probleme der Strategie und Taktik analysierte, denen sich die marxistisch-leninistische Weltbewegung gegenübersieht, von großer Bedeutung ist.

Die beiden imperialistischen Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, sind heute die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, die größten Feinde der Revolution und des Sozialismus. Von ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft geht heute die größte Gefahr für den Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkrieges aus. Die beiden imperialistischen Supermächte sind heute die größte konterrevolutionäre Kraft, der Hauptfeind des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker und des Sozialismus. Sich auf eine Supermacht zu stützen, angeblich, um die andere zu bekämpfen, ist unmöglich. Ebenso unmöglich ist es, sich im Kampf gegen eine der beiden Supermächte oder beide zusammen, mit einer anderen imperialistischen Macht oder der einheimischen imperialistischen Bourgeoisie zu verbünden. In der internationalen Einheitsfront müssen deshalb zwar hauptsächlich die beiden Supermächte bekämpft werden, sie muß sich aber insgesamt gegen den Imperialismus, die Reaktion und den Revisionismus richten.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sind der Meinung, daß der Weg, den das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker angesichts der augenblicklichen schwierigen Weltlage beschreiten müssen, aufs genaueste von Genossen Mao Tsetung, dem großen Lehrer des Proletariats und der unterdrückten Völker, zu dessen Tod beide Parteien ihren tiefen Schmerz zum Ausdruck bringen und gleichzeitig ihre Treue zu seinen Gedanken geloben, die ewig fortleben werden, zusammengefaßt werden, als er sagte: „Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern oder der Krieg wird die Revolution hervorrufen." In beiden Fällen ist es die Revolution und nur die Revolution, der Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bourgeoisie als Klassen, sei es in der Form der sozialistischen Revolution, sei es als Kampf des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse für nationale Befreiung und Volksdemokratie, die den Weg öffnen wird zu einer Gesellschaft ohne Klassen, ohne Ausbeutung und ohne Kriege. Diese Aufgabe, die Revolution zu machen, um den Krieg zu verhindern oder andernfalls dem imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg entgegenzusetzen, ist die wesentliche Aufgabe für die Marxisten-Leninisten, die einzigen, die die Erfüllung dieser historischen Aufgabe anführen können.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles und die KPD/ML sind der Ansicht, daß es die Aufgabe jeder marxistisch-leninistischen Partei ist, konkret zu untersuchen, wer der Hauptfeind der Revolution in dem betreffenden Land ist: ob es sich dabei um eine der beiden Supermächte oder beide, um eine andere imperialistische Macht oder um die einheimische imperialistische Bourgeoisie oder um die feudalistischen Grundbesitzer usw. handelt. Entscheidend ist dabei in jedem Fall, welche Klasse die Macht in den Händen hält. Die Frage der Staatsmacht ist die Kardinalfrage der Revolution.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten unterstreichen die Notwendigkeit der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution, die durch ihre marxistisch-leninistische Vorhutpartei verwirklicht wird. In jedem Land muß die Arbeiterklasse, um die Revolution zum Sieg zu führen, für die Herstellung einer Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Schichten kämpfen. Dabei sind die Bedingungen entsprechend dem Charakter der Revolution unterschiedlich. In Chile, wo die neudemokratische Revolution auf der Tagesordnung steht, können in diese Einheitsfront unter bestimmten Bedingungen auch Teile der nationalen Bourgeoisie einbezogen werden, ohne es diesen Teilen der nationalen Bourgeoisie zu erleichtern, die Führung in der Einheitsfront zu übernehmen.

In Deutschland, wo die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung steht, ist die Bourgeoisie auf der ganzen Linie reaktionär. Das Interesse des Proletariats erfordert den Sturz und die Zerschlagung der Herrschaft der gesamten Bourgeoisie. Keine ihrer Abteilungen kann in die revolutionäre Einheitsfront einbezogen werden. Im Kampf für die sozialistische Revolution sind das Halbproletariat, das untere Kleinbürgertum und Teile des mittleren Kleinbürgertums aufgrund ihrer objektiven Interessen Bündnispartner des Proletariats. Nach wie vor sind die kleinen und mittleren Bauern bzw. die Genossenschaftsbauern der nächste Bündnispartner des Proletariats.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chile und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten bekräftigen ihre Treue zum proletarischen Internationalismus. Nach wie vor ist die von Marx und Engels aufgestellte große Losung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" von größter Aktualität. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sind der Ansicht, daß es nach wie vor notwendig ist, entsprechend den Worten Lenins zu handeln: „Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes **im eigenen Lande**, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) **eben eines solchen Kampfes**, eben einer solchen Linie und **nur einer solchen allein** in ausnahmslos allen Ländern."

Die Verwirklichung des proletarischen Internationalismus und die augenblickliche Lage in der Welt machen es notwendig, die Einheit und Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Parteien zu verstärken und zu vertiefen. Es kann in jedem Land nur eine marxistisch-leninistische Partei geben, denn der Marxismus-Leninismus ist eins und unteilbar. Deshalb unterstützen und würdigen beide Parteien alle Schritte, die darauf zielen, aufgrund einer offenen Diskussion der Standpunkte im Licht der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus und des gegenseitigen Respekts, die Bindungen zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien enger zu gestalten und, um dies zu erreichen, bilaterale oder multilaterale Zusammenkünfte abzuhalten und Beratungen durchzuführen.

Beide Parteien unterstreichen die große Bedeutung, die auch in dieser Hinsicht der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens darstellte. Sie begrüßen das Zusammentreffen und die gemeinsame Erklärung von acht marxistisch-leninistischen Parteien aus Lateinamerika als einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Einheit der Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt.

Es lebe die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Veranstaltungen

zur Unterstützung des Kampfes der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles

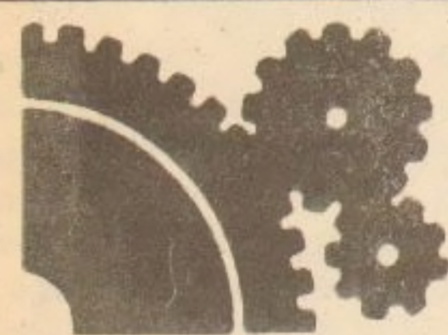
Frankfurt: 30. März; Hamburg: 1. April; Westberlin: 2. April.
(Genauer Veranstaltungstermin und -ort können in den Parteibüros der KPD/ML erfragt werden).

Es spricht ein Vertreter der RKP Chiles.

Spendet auf die Konten:

Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 — 547 (Vorstand der KPD/ML und PSchKto. 64 20 — 467, PSchA Dortmund, KPD/ML-Spendenkonto. Stichwort: Chile.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Krank durch Akkordarbeit

Liebe Genossen!

Ich arbeite als Krankenschwester im Nürnberger Krankenhaus. Kürzlich hatte ich Gelegenheit zu einem längeren Gespräch mit einer Patientin aus Jugoslawien. Sie kam zu uns auf die Station wegen ständiger starker Schmerzen im rechten Arm, von der Schulter bis in die Finger.

Sie war sehr verzweifelt, denn sie ist nun schon fast drei Monate krankgeschrieben und hat Angst um ihren Arbeitsplatz. Erst einmal berichtete sie mir von der wirklich menschenunwürdigen Behandlung, die sie als Ausländerin bei verschiedenen Ärzten bekommen hatte. Obwohl sie recht gut Deutsch spricht, hat ihr bisher niemand gesagt, was sie überhaupt hat. Ein Facharzt für Orthopädie hatte ihr Baldrian-Dispert verschrieben, sie wußte nicht, was das ist, und hat es genommen, ein anderer versuchte es mit Valium, doch das hat sie gekannt und nicht genommen.

Nach längeren Untersuchungen kamen hier die Ärzte zu dem Ergebnis, daß ihre Schmerzen von starken Verschleißerscheinungen im Ellenbogen und Schultergelenk kommen, daß beide Gelenke wahrscheinlich irreparabel geschädigt sind, außerdem hat sie starke Entzündungen dort und Nervenentzündung.

Ich fragte sie, ob sie evtl. im Büro arbeite und viel Schreibmaschine schreibe. Sie erzählte, daß sie bei Quelle als Büglerin im Akkord arbeite. Man stelle sich vor: ca. 50 Hosen in der Stunde, acht Stunden lang, ergibt fast 400 Stück am Tag, alles im Stehen, mit gebücktem Oberkörper, immer nur den rechten Arm in Bewegung. Sie macht diese Arbeit seit ca. drei Jahren — doch es gibt Arbeiterinnen, die dort schon zehn Jahre arbeiten. Sie sagte, die hätten ganz verformte Hände usw... Dabei ist doch der Schickedanz so berühmt wegen seiner „sozialen Einstellung" — ein Hohn ist das. Man hat ihr versprochen, den Arbeitsplatz für sie aufzuheben.

Doch sie wird nie mehr arbeiten können, das ist sicher.

Ich habe sie gefragt, warum sie nicht versucht, eine andere Arbeit zu bekommen. Sie sagte folgendes:

„In Jugoslawien waren wir sehr arm, ich bin hierher gekommen, um in kurzer Zeit viel Geld zu verdienen, dann gehe ich heim und baue für meine Familie und meine Eltern ein Haus. Die Eltern haben immer hart für die Kinder gearbeitet. Sie sollen es gut haben bei mir. Wenn ich jetzt eine andere Arbeit annehme, die nicht so anstrengend ist, dann bekomme ich viel weniger Geld, kann wenig oder gar nichts sparen — da bleibe ich doch lieber zu Hause, statt mich hier ausbeuten zu lassen. Ich spreche sehr gut Deutsch. Da merkt man noch mehr, wie man diskriminiert wird. Ich habe zwei Kinder und sehr viel Heimweh."

Sie sagte, wenn sie nach Hause kommt, wenig Geld verdient hat und dann noch krank ist: Das könne sie nicht tun. Lieber würde sie sich umbringen. Sie hat mich dann eingeladen, nach Hause zu ihr; dort könne man sehr schön Urlaub machen. Ich erzählte ihr, daß ich in Albanien war. Sie sagte: „Ja, Albanien, da braucht niemand ins Ausland zum Arbeiten. Die haben es gut!"

Sie meint, sie wisse sehr wenig über Albanien, über Sozialismus; sie sei halt eine Frau, und da lernt man in Jugoslawien nicht viel. Doch ich glaube, sie weiß mehr und versteht besser was wirklicher Sozialismus ist als mancher, der viele Bücher gelesen hat.

Rot Front!

Eine Krankenschwester aus Nürnberg

Gaunermethoden der IGM-Bonzen

Daß die Gewerkschaftsbonzen in ihrer Eigenschaft als Kapitalisten versuchen, den Mitgliedern immer mehr Geld abzuknöpfen, das haben wir nach dem Druckerstreik erlebt, wo diese Bonzen für ihren Lohnraubabschluß einen 13. Monatsbeitrag kassieren wollen. Bei den Metallern versuchen sie mehr Geld von den Kollegen zu kassieren, indem sie die Vertrauensleute vorschicken, um die Kollegen aufzufordern, ihren Beitrag auf 1% des Bruttolohnes aufzustocken. Daß die Bonzen darüberhinaus zu Gaunermethoden greifen, um an das Geld der Kollegen heranzukommen, haben wir vor kurzem bei uns (Kolbenfabrik Mahle, Stuttgart) erlebt:

Vor der Metalltarifrunde veröffentlichten die bürgerlichen Zeitungen („Bild" auf der ersten Seite) eine Äußerung des IGM-Vorstandsmitgliedes Mayr, daß man in der Tarifrunde mit einem Streik rechnen müsse. Kurz darauf ließ der reaktionäre Betriebsrat in allen Abteilungen einen Zettel anhängen, auf dem man ablesen konnte, wieviel Mark Unterstützung man im Falle eines Streiks bei 10, 12, 14... DM Beitrag bekommt (der höchste Beitrag lag bei 80 DM!).

Was wollten die Bonzen damit erreichen?

Einmal wollten sie damit den Eindruck erwecken, als würden sie tatsächlich auf einen Streik zusteuern. Sie wollten, daß die Kollegen ihren Beitrag erhöhen. Die Kollegen sollten denken, wenn ich vier DM mehr bezahle, bekomme ich an die 50 DM mehr Unterstützung pro Woche. Mit den Sorgen der Kollegen wollen die Bonzen so ihr Geschäft machen.

Was auf diesem Zettel aber nicht stand, was viele Kollegen, besonders die ausländischen (die in meiner Abteilung 60% ausmachen), nicht wissen, und wo die ganze Geldgier der Bonzen zum Ausdruck kommt, ist, daß man die höhere Unterstützung nur bekommt, wenn man den Beitrag mindestens drei Monate vorher erhöht hat.

Als der stellvertretende Vertrauensmann in der Frühstückspause höhere Beiträge unter anderem damit verteidigte, die Gewerkschaft bekomme die Teuerung auch zu spüren, z. B. höhere Heizungskosten, erntete er schallendes Gelächter. Ein Kollege meinte, dann müssen die aber große Gewerkschaftshäuser haben, wenn sie so hohe Heizkosten haben.

Rot Front

Meldungen aus den Betrieben

Kürzlich fand die Berufungsverhandlung im Kündigungsschutzprozeß der Roten Betriebsräte von HDW in Kiel statt. Die Roten Betriebsräte waren im vergangenen Sommer ohne Begründung fristlos entlassen und gegen den aktiven Widerstand Hunderter Werftarbeiter von einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei gewaltsam von der Werft geschleppt worden. Die HDW-Kapitalisten hatten nach diesen Auseinandersetzungen auf der Werft der ersten Kündigung noch eine zweite fristlose Kündigung „wegen Störung des Betriebsfriedens" nachgeschoben. In der Berufungsverhandlung bestätigte das Landesarbeitsgericht jetzt das Urteil der ersten Instanz. Dieses Urteil erklärte zwar die erste fristlose Kündigung für rechtsunwirksam, erklärte jedoch die zweite nachgeschobene fristlose Kündigung für „rechtmäßig". Die Genossen von HDW haben angekündigt, daß sie im Zusammenhang mit dem Kampf für die Wiedereinstellung der Roten Betriebsräte alle Rechtsmittel ausschöpfen wollen und daß sie daher beabsichtigen, gegen das Urteil beim Bundesarbeitsgericht Revision einzulegen.

Kampf gegen Entlassung G. Coldewey's

Die Solidarität der Kollegen ist stark

In der vorletzten Nummer des „Roten Morgen" berichteten wir über die fristlose Entlassung des Roten Betriebsrates Gerd Coldewey bei Felten und Guilleaume in Nordenham und seine gewaltsame Entfernung vom Werk durch Polizei und Werkschutz. Die fristlose Entlassung hatten die F & G-Bosse auf Antrag des Betriebsrats ausgesprochen. Zugleich hatte die reaktionäre Clique der IGM-Betriebsräte beschlossen, Gerd, der bei seiner Wahl die Stimmen von fast einem Drittel der Belegschaft erhalten hatte, aus dem Betriebsrat auszuschließen. Eigentlich ist zu einem solchen Ausschluß sogar nach dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz nur das Arbeitsgericht berechtigt. Aber darum scherten sich die Handlanger der F & G-Kapitalisten nicht und inzwischen hat auch das Arbeitsgericht die Sache abgesegnet: Es wies den Antrag Gerd Coldeweys auf eine einstweilige Verfügung gegen seinen Ausschluß aus dem Betriebsrat mit der Begründung zurück, der Beschluß sei ja vom Betriebsrat einstimmig gefaßt worden.

Das ist schon ein starkes Stück, besonders wenn man bedenkt, daß diese Einstimmigkeit nur dadurch zustande kam, daß Gerd in rechtswidriger Weise daran gehindert wurde, an dieser Abstimmung überhaupt teilzunehmen. Gerd hatte im übrigen auch gegen die fristlose Entlassung und das Werksverbot eine einstweilige Verfügung beantragt, auch dies wurde vom Arbeitsgericht abgelehnt.

Inzwischen hat der Werksvorstand auch seine offizielle Begründung für die fristlose Entlassung, die anfangs noch ausstand, abgegeben: Artikel in der Betriebszeitung und im „Roten Morgen" über F&G seien der Grund; zwar könne nicht bewiesen werden, daß Coldewey selbst die Artikel geschrieben habe, aber es könne als sicher gelten, daß er zumindest der Informant sei. Diese Begründung ist schon selten unverfroren. Stellt sich noch die Frage, in welchem Gesetz denn überhaupt geschrieben steht, daß es ein Entlassungsgrund ist, wenn man eine Zeitung über den Ablauf einer Betriebsversammlung informiert. Es ist auch den F&G-Bossen klar, daß es sogar für ein Arbeitsgericht eine happige Sache ist, auf der Basis einer solchen Begründung eine fristlose Entlassung zu bestätigen. Deshalb haben sie vorsichtshalber gleich hilfsweise beantragt, die fristlose Entlassung in eine fristgemäße bei finanzieller Abfindung für Gerd umzuwandeln.

Im folgenden ein Bericht der Genossen aus Nordenham über die Situation im Betrieb in den Tagen nach Gerds gewaltsamer Entfernung durch Polizei und Werksschutz.

„Seit Montag, den 7. 3., gleichen die Werkstore von F&G einer Festung. Am Haupttor stehen heute vier Werksschützer, wo zuvor nur ein Pförtner Zeitung lesend in der Bude saß. An den Nebentoren das gleiche Bild. Werksausweise werden scharf überprüft, PKWs einer scharfen Kontrolle unterzogen, sogar die Kofferräume werden geöffnet und durchwühlt. Gefahndet wird nach dem fristlos entlassenen Roten Betriebsrat, dem es am Freitag davor gelungen war, trotz schärfster Kontrollen an den Werkstoren nochmals in seine alte Arbeitshalle zu kommen. Die F&G-Kapitalisten wollen dies nicht ein weiteres Mal riskieren, zumal die Polizei es schwer gehabt hatte, Gerd vom Werk zu bekommen und nicht viel gefehlt hätte, daß die Polizisten von den Kollegen aus der Halle geprügelt worden wären.

Mit Lügen und Einschüchterungsmaßnahmen versucht man nun, die große Solidarität mit Gerd zu brechen. Man versucht Unterschriften für die Maßnahmen gegen Gerd zu sammeln, um vorzuspiegeln, die Belegschaft stehe hinter den reaktionären IGM-Betriebsräten. Aber kaum einer unterschreibt diese Listen. Auf übelste Weise versucht man sich die Unterschriften zu erschleichen, z. B. indem nur gesagt wird: „Unterschreibt mal eben, ist 'ne Liste von der Gewerkschaft ..." Würden sie sich damit jedoch in Gerds Halle wagen, die Listen würden mit Sicherheit zerrissen im Papierkorb landen.

Dagegen füllen sich die Unterschriftenlisten gegen Gerds Entlassung und seinen Ausschluß aus dem Betriebsrat, die von Gerds Kollegen geführt werden. Die Meister machen Jagd auf diese Listen, versuchen Kollegen auszuquetschen und regelrecht zu verhören, um herauszubekommen, wer die Sammlung durchführt. Das Privatleben einzelner Kollegen wird bespitzelt, ob sie sich vielleicht nach Feierabend mit Gerd treffen (irgendjemand muß doch der Partei die Informationen für den „Roten Strom" liefern!) Die Herren hofften, mit Gerds Rausschmiß könnten sie die KPD/ML loswerden. Sie haben sich schwer getäuscht! Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand! Der „Rote Strom" bleibt die Waffe der Kollegen bei F&G, er geht jetzt sogar fast in doppelter Auflage weg. Der Kampf geht weiter."

Roter Betriebsrat mit 53% der Stimmen gewählt

Fortsetzung von Seite 1

‚nichts getan'. Er hat sich eifrig dafür eingesetzt, daß die Geschäftsleitung ihre Pläne gegen möglichst geringen Widerstand der Arbeiter durchsetzen konnte. Genau das ist nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Aufgabe von Betriebsräten:

- zum ‚Wohle des Betriebes' (d. h. *des Profits der Kapitalisten*) *‚vertrauensvoll' mit der Geschäftsleitung zusammenzuarbeiten,*

- uns Arbeitern und Angestellten alle wesentlichen Informationen über die Pläne der Geschäftsleitung zu verschweigen (‚Schweigepflicht')

- und im Falle von Widerstand und Kampfmaßnahmen Abwiegelung, Beschwichtigung und Sabotage — je nach Umständen — zu betreiben (den *‚Betriebsfrieden' wahren*).

Das Betriebsverfassungsgesetz und überhaupt die Einrichtung des Betriebsrats stammt von den Kapitalisten und ihren Helfern in Parlament, Regierung und Gewerkschaftsapparat, damit sie euch vormachen können, ihr hättet eine Interessenvertretung. ***In Wirklichkeit habt ihr nichts als ein Hindernis, wenn ihr irgend etwas erreichen wollt.***"

Die Partei stellte dann in dem Flugblatt klar fest, daß nur solche Betriebsräte den Kollegen nützen, die sich nicht durch das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz vom Kampf gegen die Kapitalisten abhalten lassen und die den reaktionären Gewerkschaftsapparat und seine Politik der Klassenversöhnung bzw. „Sozialpartnerschaft" konsequent bekämpfen. *„Genausowenig wie von Befürwortern des Gewerkschaftsapparates"* — heißt es weiter in dem Flugblatt — *„haben wir von jenen Kandidaten zu erwarten, die keine einzige Mittagspause auslassen für ein ‚heiteres Gespräch' mit Riegers Tischrunde* (Rieger ist ein Vertreter der Geschäftsleitung) ... *Ihr seht: Unter den sechs Kandidaten gibt es ganz bestimmt keine fünf, die man wählen kann..."*

Nach Erscheinen dieses Flugblattes überschlugen sich die Ereignisse. Im ganzen Betrieb wurde jetzt heiß diskutiert. Die Geschäftsleitung bildete mit dem alten Betriebsrat einen „Krisenstab" und hielt mit ihm mehrere Konferenzen ab. Und dies kam dabei heraus: Die fünf opportunistischen Kandidaten, die sich wochenlang geweigert hatten, vor der Belegschaft Stellung zu nehmen, hängten folgende Erklärung an den Schwarzen Brettern aus:

„Wir, die fünf Kandidaten des zukünftigen Betriebsrates, die von der KPD/ML als nicht wählbar abgewertet wurden, stehen voll und ganz zur Betriebsverfassung. Wir meinen, daß Parteipolitik im Betrieb nichts verloren hat. Hier hat eine ausgewogene, sozialgerechte Politik den Vorrang. Wir sehen im Betriebsrat keine interne Betriebskampfgruppe, sondern einen vernünftigen Interessenvertreter der gesamten Belegschaft gegenüber der Geschäftsleitung. Wir — die sogenannten ‚Kapitalistenknechte' — meinen sehr wohl die Interessen der Mitarbeiter von MGB vertreten zu können — auch ohne Parteiparolen. Wenn Sie einen verleumderischen, kommunistischen Betriebsrat wollen, sind wir nicht die richtigen Leute."

Am gleichen Tag geschah noch etwas Spektakuläres: Die Geschäftsleitung — offenkundig in an Panik grenzende Aufregung geraten — kam auf die Idee, das KPD/ML-Flugblatt könnte auf die ausländischen Arbeiter eine abschreckende Wirkung ausüben. Sie ließ daher — kaum zu glauben, aber wahr — das Flugblatt auf türkisch und jugoslawisch übersetzen und als Nachdruck, samt Hammer, Sichel und Gewehr an die ausländischen Kollegen verteilen. Allerdings hatten sie sich da schwer getan. Die Reaktion der ausländischen Arbeiter war genau umgekehrt. Kaum war das Flugblatt verteilt, kam auch schon ein türkischer Arbeiter zu dem revolutionären Kollegen und sagte: „Vorher haben ja viele noch Zweifel gehabt. Jetzt aber lesen es alle und sagen, da steht ja die Wahrheit drin. Firma gut helfen", meinte der türkische Kollege.

Die Wahl war am folgenden Tag. Der Rote Betriebsratskandidat erhielt von 71 gültigen Stimmen 38, das sind 53 Prozent. Elf Kollegen haben ganz bewußt nur ihn gewählt und keinem einzigen der „fünf vernünftigen Interessenvertreter" eine Stimme gegeben. Wütend und wie aufgescheucht rannten die MGB-Bosse und ihre Handlanger im Betrieb herum. Die Arbeiter aber freuten sich. Sie hatten einen Sieg errungen und ihre klassenkämpferische Einheit gefestigt und ausgebaut.

Deutschsprachige Ausgabe des Buches von Filip Kota erschienen

Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung

Vor kurzem erschien im Verlag Roter Morgen die erste deutschsprachige Ausgabe des Buches von Filip Kota *„Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung"*. Dieses Buch, das erstmals 1973 in Albanien veröffentlicht wurde, wird zweifellos dazu beitragen, das Verständnis für den Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage zu vertiefen.

Filip Kota untersucht in seinem Buch den Kampf zweier Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung. Er schildert unter anderem, wie der Gewerkschaftsverband Albaniens (GVA), geführt von der Partei der Arbeit Albaniens, im Geist der Arbeitersolidarität und des proletarischen Internationalismus stets einen unversöhnlichen und prinzipienfesten Kampf gegen Opportunismus, Reformismus und Revisionismus geführt hat. Dieser Kampf wurde vom GVA sowohl innerhalb wie außerhalb des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) geführt, den die Chruschtschowrevisionisten in den sechziger Jahren immer mehr auf den Weg des Verrats und der Entartung zerrten. Filip Kota beschreibt den hervorragenden Kampf, den der GVA zusammen mit dem Chinesischen Gewerkschaftsverband und Gewerkschaftsverbänden aus einigen anderen Ländern gegen die modernen Revisionisten mit den sowjetischen an der Spitze führten.

Dieser Komplex bildet jedoch nur einen Teil des Buches von Filip Kota. Im ersten Teil verfolgt das Buch eine frühere Etappe des Kampfes zweier Linien in der Gewerkschaftsbewegung, ausgehend von der Entstehung der ersten Gewerkschaften in den Anfängen der Arbeiterbewegung im vergangenen Jahrhundert. In diesem Zusammenhang arbeitet Filip Kota heraus, daß „die erste, niedrigste Kampfform der Gewerkschaftsbewegung (...) der ökonomische Kampf" war und daß „mit dem Anwachsen des Proletariats und seines Klassenbewußtseins, mit dem Eindringen sozialistischer Ideen in die Arbeiterbewegung (...) die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse sich qualitativ und quantitativ änderten". Mit dieser Entwicklung, so zeigt Filip Kota auf, verwandelte sich der Trade-Unionismus, also das engstirnige sich Beschränken auf den wirtschaftlichen Tageskampf, schnell in eine opportunistische Strömung, die eine reaktionäre Rolle in der Gewerkschaftsbewegung spielt.

In Abgrenzung gegen die verschiedenen opportunistischen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung faßt Filip Kota die grundlegenden Prinzipien der proletarischen Linie in der Gewerkschaftsfrage zusammen, wie sie vor allem von Marx und Lenin entwickelt worden waren. So formulierte Marx in seinem Vortrag „Lohn, Preis, Profit" klar die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, indem er betonte, daß die Gewerkschaften dem Proletariat nicht nützen sondern schaden, „sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems". Dieses grundlegende Prinzip der revolutionären Gewerkschaftsbewegung wurde durch Lenin ergänzt, der die reformistische und opportunistische Losung der „Neutralität" der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der politischen Partei des Proletariats zurückwies und entlarvte. Lenin betonte, daß „die Arbeit in den Gewerkschaften nicht im Geiste der Neutralität der Gewerkschaften, sondern im Geiste ihrer größtmöglichen Annäherung an die Sozialdemokratische Partei zu leisten ist..." (Als Lenin dies schrieb, waren die sozialdemokratischen Parteien noch revolutionäre Parteien der Arbeiterklasse.)

Im zweiten Abschnitt seines Buches analysiert Filip Kota, wie sich der Übergang des Kapitalismus in sein höchstes und letztes Stadium, den Imperialismus, auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auswirkt. Eine bestochene Oberschicht der Arbeiterklasse entstand, die Arbeiteraristokratie und die korrupte Gewerkschaftsbürokratie, die die soziale Basis von Reformismus und Revisionismus bilden. Filip Kota zeigt konkret auf, wie die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsbonzen als Agenten der Bourgeoisie die Kämpfe der Arbeiter sabotieren und abwürgen. Er weist auch auf die Verfilzung und Verflechtung der reformistisch-revisionistischen Gewerkschaftsapparate mit dem Kapital und dem bürgerlichen Staatsapparat hin. Er entlarvt die verschiedenen reformistischen und revisionistischen Konzepte und Parolen, wie z. B. „Sozialpartnerschaft", „Mitbestimmung" usw.

Eingehend setzt sich das Buch mit dem Verhältnis zwischen politischem und ökonomischem Kampf auseinander.

Ein besonderes Kapitel ist der Haltung der Gewerkschaftsbewegung zum nationalen Befreiungskampf der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika gewidmet. Dabei wird unter anderem konkret der Verrat der revisionistischen Kräfte in der Weltgewerkschaftsbewegung am Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes aufgezeigt.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Kampf gegen die Kriegsgefahr. Dabei wird gezeigt, wie der GVA gegenüber dem modernen Revisionismus die Notwendigkeit verteidigte, den Kampf der Gewerkschaftsbewegung gegen die Kriegsgefahr auf den Kampf gegen die Ursachen der Kriege, gegen den Imperialismus, auszurichten.

Ausführlich geht Filip Kota auch auf die heutigen Erscheinungsformen des gewerkschaftlichen Kampfes und auf Streikkämpfe in verschiedenen Ländern ein, z. B. in den USA, Frankreich oder auch in der Deutschen Bundesrepublik. Er zeigt konkret, wie die arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparate bemüht sind, diese Kämpfe zu sabotieren und abzuwürgen und wie sich der antagonistische Widerspruch zwischen den proletarischen Massen und den reformistisch-revisionistischen Gewerkschaftsbürokratien zusehends verschärft.

Im folgenden drucken wir einen Teil des letzten Abschnittes aus Filip Kotas Buch ab, in dem er die Konsequenzen aus seiner Analyse zusammenfaßt.

NEUERSCHEINUNG

Filip Kota
Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung



AUS DEM INHALT:

- **Die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, ihre Strömungen und ihre Organisierung im internationalen Maßstab**
- **Über einige Aspekte der Weltgewerkschaftsbewegung**
- **Die Gebiete des Kampfes zwischen den beiden entgegengesetzten Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung und die Haltung des Gewerkschaftsverbandes Albaniens**
- **Für eine revolutionäre Klassengewerkschaftsbewegung**

Autorisierte Übersetzung aus dem Albanischen. 181 Seiten, broschiert, Preis DM 5,80
Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 11, Postfach 111649

Für eine revolutionäre Klassengewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften haben als breiteste Organisationen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern reiche Traditionen des Kampfes und der Organisierung. Sie haben im allgemeinen eine positive Rolle bei der Verteidigung der Interessen und Rechte der Arbeiterklasse gespielt.

Doch die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer haben mit ihren Auffassungen und ihrer Tätigkeit jetzt endgültig den Klassenstandpunkt verlassen und verlieren dadurch allmählich das Vertrauen und den Kredit der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiterklasse selbst.

Deshalb zieht sich die Masse der Mitglieder aus dem aktiven gewerkschaftlichen Leben zurück und viele treten aus. Diese allgemeine Apathie ist eine neue Erscheinung und keineswegs Zufall, sondern Folge der großen und zunehmenden Unzufriedenheit der einfachen Gewerkschaftsmitglieder mit den Gewerkschaften und den reformistischen und revisionistischen Führern. Das äußert sich klar darin, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften teilweise abnimmt, während die Arbeiterklasse ständig an Zahl zunimmt. Während z. B. in Frankreich die Mitgliederzahl der CGT, der größten Gewerkschaft des Landes, 1953 genau 3076211 betrug, war sie 1972 auf 2360000 gesunken. Das gleiche gilt auch für Italien für die CGIL. In England repräsentieren die Gewerkschaften nur 2/5 der Gesamtzahl der Werktätigen, in den USA 28% und in anderen kapitalistischen Ländern 30 bis 40%.

Diese und andere Tatsachen zeigen, daß die Differenzierung in den reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften immer stärker wird. Auf der einen Seite stehen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder, die von den Gewerkschaftsbonzen und ihrer opportunistischen Haltung und der von den Gewerkschaften befolgten Linie der Klassenzusammenarbeit desillusioniert und enttäuscht sind. Deshalb widersetzen sie sich der Tätigkeit und Praxis der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften und ihrer Führer und brandmarken sie immer heftiger. Auf der anderen Seite stehen die Gewerkschaftsbonzen, die, als Teil der Arbeiteraristokratie und als Agenten der Bourgeoisie, von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder wegen ihrer arbeiterfeindlichen Tätigkeit isoliert und entlarvt werden. Der Kampf zwischen den Gewerkschaftsbonzen, die das Haupthindernis für den Klassenkampf innerhalb der Gewerkschaften bilden, und der Basis, die die breiten Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfaßt, wird immer heftiger und umfangreicher.

Es ist unbedingt notwendig, daß die Arbeiterklasse diesen Kampf verstärkt, damit sie schließlich ihre Bestrebungen verwirklichen und die kapitalistische Ausbeutung beseitigen kann. Die historische Erfahrung beweist aber, daß sich die Arbeiterklasse nicht von selbst ihrer Mission bewußt wird, daß sie über die Bourgeoisie nur dann endgültig siegen kann, wenn sie von ihrer revolutionären, marxistisch-leninistischen politischen Partei geführt wird, die die Interessen und Bestrebungen der Arbeiterklasse ausdrückt, das politische Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinträgt und ihr die Kraft der Organisiertheit geben kann, damit sie nicht in Reformismus, Ökonomismus und Spontaneität verfällt.

Die Bildung solcher marxistisch-leninistischer Parteien als neue revolutionäre Kräfte in vielen Ländern der Welt stellt einen gewaltigen Erfolg für die Arbeiterklasse und ihre Klassengewerkschaftsbewegung dar. Mit ihrer politischen Plattform und ihrer konkreten und systematischen Tätigkeit an der Basis schulen die neuen revolutionären Kräfte, die in heftigen Klassenschlachten ständig wachsen und erstarken, das Proletariat, erziehen sie es politisch und ideologisch, organisieren es und führen es in politische und ökonomische Schlachten gegen die Bourgeoisie, den Kapitalismus, den Imperialismus und ihre Agenten in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeit unter dem Proletariat ist also unerläßlich, anders zu handeln, wäre falsch, wäre eine abgeschlossene, sektiererische Handlungsweise, die zur Selbstisolierung führte. Nur indem die neuen revolutionären Kräfte innerhalb der Reihen der Arbeiterklasse wirken, haben sie alle Möglichkeiten, um Reformismus und Revisionismus in der Gewerkschaftsbewegung erfolgreich bekämpfen zu können.

Um ihre Verankerung im Proletariat zu verstärken, widmen die neuen revolutionären Kräfte ihrer Arbeit in den Gewerkschaften besondere Bedeutung, denn es ist unmöglich, die Arbeiterklasse hinter sich zu bringen, ohne die Mitgliedermassen in den Gewerkschaften zu gewinnen, weil durch sie die Partei sich eng mit der Klasse und den Massen verbindet.

„Größte Annäherung der Gewerkschaften an die Partei", sagte Lenin, ***„das ist das einzig richtige Prinzip."***

Die neuen revolutionären Kräfte in den kapitalistischen Ländern betrachten die gewerkschaftliche Organisation als eine Notwendigkeit, um den Kampf der Arbeiterklasse voranzutreiben, einen Kampf, der, wenn er nur auf die Erfüllung von Tagesforderungen beschränkt wird und die großen Zukunftsinteressen vergessen werden, auf Reformismus abgleiten würde. Daher muß die Arbeiterklasse inner- und außerhalb der Gewerkschaften unbedingt dazu erzogen werden, daß sie nicht beim wirtschaftlichen Kampf stehenbleibt, sondern ihn unter Führung ihrer Partei zu einer höheren Etappe weiterführt, zum politischen Kampf, dessen Endziel ist, die politische Macht zu ergreifen.

Da die Gewerkschaften eine „historisch unvermeidliche Organisation des Proletariats" und „historisch notwendig" sind, haben die neuen marxistisch-leninistischen Parteien sich die Aufgabe gestellt, die traditionellen Gewerkschaften nicht zu verlassen. Denn dies hieße, die Arbeitermassen dem Einfluß der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer zu überlassen. Im Gegenteil, sie arbeiten geduldig in und außerhalb der Gewerkschaft, um den Klassenkampf voranzutreiben und die Gewerkschaftsführer zu entlarven, damit das Proletariat aufgeklärt wird und erkennt, daß es von der Bourgeoisie und auch von ihren Agenten in den Reihen des Proletariats betrogen wird, und damit es erkennt, welchen Weg es zu seiner Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung einschlagen muß.

Die neuen revolutionären Kräfte bemühen sich, alle Klassenkämpfe des Proletariats, Massenaktionen, Streiks, Demonstrationen und andere gegen die Monopole und die bürgerliche politische Macht, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung gerichtete Widerstandsformen usw. auszunutzen zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Interessen. Die Teilnahme an diesen Aktionen ist richtig, denn die Streiks oder anderen Aktionen kommen hauptsächlich durch Druck der Basis zustande, und die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer sind gezwungen, sie zu leiten, um sie gegen einige Almosen besser zerschlagen zu können oder um zu versuchen, mit den Streiks zugunsten der kapitalistischen Unternehmer zu spekulieren. Die neuen revolutionären Kräfte nehmen an Streiks der Arbeiter teil, unterstützen machtvoll die Forderungen der Arbeiter, marschieren im Gleichschritt mit ihnen, zeichnen sich nicht nur durch ihre mutigen und entschlossenen Aktionen aus, sondern auch durch ihre politische und ideologische Klarheit und kämpfen so dafür, jedem Streik und jeder Aktion politischen Charakter zu geben und die reaktionäre Linie der Bonzen und der Gewerkschaften, die Manöver und Taktiken von ihnen und ihren Oberherren zu entlarven.

Die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften haben in ihrer langen Praxis eine große Erfahrung im Betrug der Arbeiterklasse gesammelt; dazu haben sie ein ganzes kompliziertes System von Formen und Methoden der Arbeit, Erziehung und Organisation geschaffen, mit dem die Arbeiter in der ideologischen und politischen Knechtschaft der Bourgeoisie gehalten werden sollen.

Mit der Entwicklung der Klassenkämpfe schließen sich die breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder nach und nach auf revolutionärer Grundlage gegen die Apparate und Bürokratien der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften, die fester Bestandteil des kapitalistischen Systems und seiner Unterdrückungsorgane sind, zusammen und befreien sich durch Kampf und Organisierung von ihrem Einfluß und von diesen Fesseln. Auf diesem Weg studiert die Arbeiterklasse einiger kapitalistischer Länder unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei die revolutionären Traditionen der Vergangenheit, lernt aus ihnen, übernimmt davon, was positiv ist, und schafft die klarste, vollständigste und revolutionärste Plattform. Auf diese Weise werden von unten die Voraussetzungen geschaffen, um ohne Befehle und Dekrete die Arbeiterklasse in einer militanten wirklichen Klassengewerkschaftsbewegung mit eigenen neuen Zügen zusammenzuschließen. Unter Zurückweisung der reformistischen und revisionistischen Predigten, die die Arbeiterklasse satt hat, werden außerdem aufgrund der konkreten Bedingungen im revolutionären Kampf und der revolutionären Praxis neue Arbeits-, Kampf- und Organisationsformen entstehen und sich entwickeln, die die Arbeiterklasse zu ihrer endgültigen Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung führen werden. Natürlich benötigt so etwas viele Anstrengungen, die Organisierung eines langwierigen Kampfes auf ökonomischem wie auf politischem und ideologischem Gebiet, nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften, damit sich die Arbeiterklasse bewußt wird, daß zwischen ihr auf der einen Seite und der Bourgeoisie und den Reformisten und Revisionisten auf der anderen Seite entgegengesetzte Interessen existieren, daß die letzteren ihre Stellung in den Gewerkschaften nicht kampflos aufgeben und es mit ihnen daher keine Aussöhnung, sondern ununterbrochenen Kampf gibt.

Revisionistisches

„ARBEITERPARTEI“ OHNE ARBEITER

Bekanntlich bezeichnet sich die KPdSU selber gerne als „Arbeiterpartei“, obwohl sie in Wirklichkeit das genaue Gegenteil ist: eine bourgeoise Partei, eine faschistische, arbeiterfeindliche Partei. Das wirkt sich notwendigerweise auch auf die soziale Zusammensetzung der Partei aus.

So kann man in der „Prawda“ vom 14. und 24. 10. 1976 lesen, daß sich das ZK der KPdSU in einem Beschluß mit der Situation der Partei in Kirgisien befaßt hat. Darin heißt es sinngemäß: Während die Zahl der Arbeiter in Kirgisien in den letzten fünf Jahren um 18% gestiegen sei, habe die Partei keine neuen Mitglieder aus der Industrie gewonnen. In einigen Bereichen der Industrie und Landwirtschaft sei die Zahl der Mitglieder sogar zurückgegangen.

Diese Zahlen zeigen klipp und klar, um was für eine Partei es sich bei der KPdSU handelt: Um eine Partei, in die einerseits die Arbeiter keinen Zutritt haben, in die andererseits die Arbeiter und die anderen Werktätigen aber auch nicht eintreten wollen, weil sie sehen, daß diese Partei ihre Interessen nicht vertritt, sondern vielmehr bekämpft.

D„K“P VERRÄT KAMPF DER LEHRERSTUDENTEN

Korrespondenz. In der letzten Zeit hat sich die Ausbildungssituation für Lehrer sehr verschlechtert. Vor allem in der praktischen Ausbildungszeit wird massiv gesiebt.

An einem Seminar im Ruhrgebiet, an dem sich die Situation in den letzten Jahren besonders verschärft hatte, solidarisierten sich die Kollegen gegen einen Punkt der verschärften Ausbildungsbestimmungen, indem sie sich untereinander absprachen über die jeweiligen Stundenvorbereitungen, damit die Ausbildungsbehörde sie nicht gegeneinander ausspielen konnte.

Nach einiger Zeit, in der sich fast alle Kollegen an die Absprachen gehalten hatten, fiel auf, daß einer immer besonders lange Stundenentwürfe schrieb und sich immer wieder bei dem Ausbildungsleiter anbiederte. So trat er etwa auch in einer Diskussion über die Ausbildungsbedingungen, bei der der Ausbildungsleiter vollständig isoliert war, auf und erklärte, man dürfe den Leiter nicht zu sehr angreifen, denn alle säßen ja in einem Boot gegen das Kultusministerium. Die anderen Kollegen waren sehr empört. Von da an wurde der „Eifrige“ von allen geschnitten.

Er erklärte daraufhin einigen Kollegen sinngemäß: „Für euch ist es leicht, etwas zu tun, denn ihr seid nicht wie ich organisiert und braucht nichts zu befürchten. Ich aber bin in der DKP und muß um meine künftige Planstelle zittern.“

Die Kollegen glaubten ihren Ohren nicht zu trauen. Es ging aber noch weiter. Der angehende D„K“P-Lehrer erklärte weiter, daß dies keineswegs seine persönliche Meinung sei. Vielmehr sei auf einem Treffen von D„K“P-Lehrern in den letzten Wochen beschlossen worden, daß man sich so zu verhalten habe.

Empört wandten sich die Kollegen ab und ließen den D„K“Pler stehen. Bleibt noch zu ergänzen, daß sich angehende D„K“P-Lehrer ihre Planstellen keineswegs nur durch Strebertum auf dem Rücken ihrer Kollegen erkaufen, sondern auch mit der Denunziation fortschrittlicher und vor allem kommunistischer Kollegen, wie bereits des öfteren geschehen.

"Unvereinbarkeitsbeschlüsse" in der GDCF

Der „Rote Morgen“ Nr. 51/76 brachte Auszüge aus zwei Stellungnahmen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft, Ortsverein Berlin-West, die von Ausschlußverfahren betroffen sind. Nach dem Willen des Westberliner Ortsvorstandes sollen die neun Mitglieder nicht mehr in der GDCF mitarbeiten dürfen, weil sie in ihrer Freundschaftsarbeit nicht darauf verzichten wollen, auch über die Grundlagen der Erfolge des chinesischen Volkes, die sozialistische Gesellschaftsordnung, zu informieren.

In ihrer Ende Dezember 76 erschienenen Dokumentation „Nieder mit dem Wind von rechts in der GDCF — es lebe die Freundschaft mit dem China Mao Tsetungs“* weisen die neun Mitglieder ausführlich nach, worum es den Initiatoren der Ausschlüsse eigentlich geht — sie wollen die GDCF, die sich die Förderung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk zum Ziel gesetzt hat, aus einer Freundschaftsgesellschaft in eine Art „Liga gegen den Sozialimperialismus“ verwandeln. Vor allem die GRF versucht bundesweit, die GDCF in diesem Sinne zu instrumentalisieren und für ihre Politik des Bündnisses mit der Bourgeoisie, die sie unter dem Etikett der „Aktionseinheit von Demokraten und Kommunisten“ verkaufen will, einzuspannen.

Mit welchen Elementen die GRF dabei innerhalb der GDCF paktiert, wie ihre „Aktionseinheit von Demokraten und Kommunisten“ in der Praxis aussieht, davon gibt die letzte Bundesdelegiertenkonferenz der GDCF Ende Januar in Marburg ein beredtes Zeugnis. Dort kam ein Schreiben eines Herrn Dietmar Albrecht** vom Juni 1975 an auserwählte GDCF-Mitglieder an die Öffentlichkeit, in dem dieser einen Plan zur Hinaussäuberung der Kommunisten aus der GDCF entwickelt. (Auszüge siehe Faksimile.)

Lehren aus der Kasseler DV: ein Weg zur Überwindung des sektiererischen Fraktionismus in der GDCF

I. Juristisch

1. Örtliche Vorstände, die nicht von K-Gruppen dominiert sind, müssen ihre in der Bundessatzung festgelegte Ausschlußbefugnis ausüben. Es empfiehlt sich, eklatante Fälle noch vor der Sommerpause auszuschliessen. Vorstufe eines Ausschlusses ist die Suspendierung, auch wenn diese nicht in Satzungen steht; z.B. die Suspendierung von Öffentlichkeitsarbeit im Namen der GDCF. Auf jeden Fall muß der Vorstand dieses Recht ausüben und nicht Anträge an die MV stellen. Letztere hat ohnehin das Recht, den Vorstand zu kontrollieren.

2. Der BuVo muß, wo örtliche Vereine von K-Gruppen dominiert sind, sein Suspendierungsrecht als Pflicht betrachten. Der Appelle sind genug gewesen. Eine Reihe von Suspendierungen sollte noch vor der Sommerpause erfolgen mit Benachrichtigung der Ortsvereine. Die nächste DV, an die Suspendierte appellieren können, sollte nicht vor Februar 1976 stattfinden. Suspendierungen sollten gezielt sektiererische Blockaden auf dieser nächsten DV verhindern, den Suspendierte können weder Delegierte wählen noch selbst delegiert werden (Folgeschluß). Zwar kann der BuVo keinen gesamten OV suspendieren, wohl aber alle seine Mitglieder; dementsprechend läßt sich eine GDCF-schädliche Arbeit eines gesamten OV stornieren. Auch die des Reutlinger e.V., der denselben Namen trägt; denn durch seine Mitgliedschaft in der Bundes-GDCF hat Reutlingen auf seine eigenständigen Rechte als e.V. selben Namens verzichtet. Der BuVo muß sein Vertretungsrecht für Gesellschaften dieses Namens durchsetzen. Anm.: Der KBW wird, sofern der BuVo sich zur Führung aufrafft, mitziehen, auch wenn die Mitarbeit von KPD und KPD/ML in der GDCF für ihn gewisse Schutzfunktion hat.

Dieses Papier spricht eigentlich für sich, und es ist klar, daß es unter den fortschrittlichen Delegierten große Empörung hervorrief. Nicht so bei der GRF! Die Stimmen der GRF-Delegierten gaben den Ausschlag dafür, daß der Antrag des Bundesvorstandmitglieds Urs Widmer angenommen wurde, der beinhaltete, daß die BDV diesen Brief als nicht verlesen betrachtete!

Der Albrechtsche Putschplan beweist noch einmal deutlich, daß die Ausschlußverfahren in Westberlin nur die derzeitige Spitze des seit Jahren betriebenen Versuchs von Kräften in der GDCF darstellen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse für Kommunisten durchzusetzen. Diese Leute waren nie bereit, gleichberechtigt mit Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugungen an der Aufgabe der Förderung der Freundschaft mit dem chinesischen Volk zusammenzuarbeiten. Unter der Fahne des Kampfes gegen das angebliche „Sektierertum“ arbeiteten sie beharrlich daran, ihre Vorstellungen von „Chinafreundschaft“, die einseitige Orientierung an Chinas Kampf gegen das Hegemoniestreben der Sowjetunion, zur alleinigen Grundlage der Arbeit der GDCF zu machen und eine umfassende Information über alle Aspekte des sozialistischen Chinas zu verhindern. So vertreten GRF-Mitglieder innerhalb der GDCF in Westberlin bereits offen, daß es keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem sozialistischen China und der Bundesrepublik gäbe.

Bereits im Mai 1975 wurden in Westberlin drei Mitglieder der GDCF von jeder Öffentlichkeitsarbeit suspendiert, unter ihnen ein Genosse unserer Partei, der heute zu den Ausgeschlossenen im Ortsverein gehört. Im Juni des gleichen Jahres, also zum Zeitpunkt des Erscheinens des Albrecht-Papiers(!), wurden zwei führende Mitglieder des Ortsvereins Reutlingen der GDCF, ebenfalls Genossen unserer Partei, vom Bundesvorstand suspendiert (s. RM 9/76). Der entschiedene Kampf der Genossen und der breiten Mehrheit der GDCF-Mitglieder führte jedoch damals dazu, daß alle diese Versuche, die Kommunisten in der GDCF kaltzustellen, scheiterten.

Erst die Versicherung der GRF, die Westberliner Vorstandsmafia bedingungslos zu unterstützen, ließ bei diesen Elementen neue Hoffnung aufkommen. Doch sie haben ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht! Die von den neun von Ausschlußverfahren Betroffenen erstellte Dokumentation hat die Zustimmung unter vielen GDCF-Mitgliedern gefunden, hat die Klarheit über die Prinzipien der Freundschaft mit dem sozialistischen China erhöht. Mehrere Ortsvereine der GDCF verabschiedeten Resolutionen gegen die Ausschlußverfahren.

Nach der Satzung der GDCF sind Ausschlüsse erst nach Bestätigung durch die BDV endgültig vollzogen. Doch selbst durch die Mobilisierung der GRF-Karteileichen in verschiedenen Ortsvereinen, z. B. Westberlin und Nürnberg, die zum Ziel hatten, daß keine Delegierten gewählt werden sollten, die gegen die Ausschlußverfahren eingestellt sind, konnte dies nicht erreicht werden.

Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß der Wind von rechts zu einem noch stärkeren Angriff geblasen hat. So wurde in den neuen Bundesvorstand der Vorreiter der Ausschlußverfahren in Westberlin, der Ortsvereinsvorsitzende Herwig Michel gewählt. Ein weiteres Buvo-Mitglied aus München, Matthias Hoppe, hat bei seiner Kandidatur sogar unverblühmt erklärt, daß er nichts dagegen hätte, wenn der Passus aus dem GDCF-Programm gestrichen würde, in dem es heißt, daß die Gesellschaft auch über den Aufbau des Sozialismus in China informiert! Dank der Stimmen der GRF-Delegierten wurde er tatsächlich gewählt — man sieht, der Opportunismus der GRF ist konsequent; immer tiefer in den Sumpf!

Die fortschrittlichen GDCF-Mitglieder müssen die Wachsamkeit verstärken und noch entschlossener als bisher allen Tendenzen entgegentreten, den Charakter der GDCF im Sinne der GRF und ihrer „Bündnispartner“ zu verändern. **Nieder mit dem Wind von rechts in der GDCF!**

——————

* Die Dokumentation ist u. a. über die Parteibüros der KPD/ML zum Preise von DM 0,50 zu beziehen.

** Dietmar Albrecht ist Mitglied der Redaktion der Zeitung der GDCF „Das Neue China“, Mitglied des Beirats der GDCF und des Ortsvorstands Berlin-West.

Prozeß gegen den Roten Morgen

Gesinnungsterror!

„Der Angeklagte ist gegen diesen Staat, bezeichnet ihn als Gangsterbande und will ihn stürzen. Deshalb lehnt er sich gegen die Repräsentanten dieses Staates in Justiz, Polizei usw. auf. Wo er auf einen von ihnen trifft, versucht er zuzuschlagen.“ — Mit diesen Worten „begründete“ ein Dortmunder Staatsanwalt am 18. 3. 76, warum der angeklagte Kommunist Dieter Stoll entsprechend den Vorwürfen der Anklageschrift Widerstand gegen Polizeibeamte geleistet und einen von ihnen verletzt haben müsse, und warum der Angeklagte deshalb zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt werden müsse.

Diese Worte des Staatsanwalts, mit denen versucht wird, alle Kommunisten als blindwütige Schläger abzustempeln, kennzeichneten den gesamten Prozeß, in dem Dieter Stoll, ehemaliger Redakteur des „Roten Morgen“, wegen Widerstandes und gefährlicher Körperverletzung angeklagt war.

Zur Vorgeschichte: Dieter Stoll war im November letzten Jahres zusammen mit Gernot Schubert angeklagt wegen verschiedener Artikel im „Roten Morgen“, die den Tod von Günter Routhier betrafen. Wegen des Falls Günter Routhier hatten bereits verschiedene Prozesse gegen den „Roten Morgen“ und zig Prozesse gegen andere Genossen der Partei stattgefunden. In all diesen Prozessen war immer klarer geworden, daß Günter Routhier keineswegs eines „natürlichen Todes“ gestorben ist, wie Polizei, Staatsanwaltschaften und Richter anfangs steif und fest behauptet hatten. Vielmehr mußten im letzten Jahr immer mehr Gerichte als wahr unterstellen, daß Günter Routhier infolge der polizeilichen Mißhandlungen gestorben war, mußten die Urteile, die gegen die Genossen gefällt wurden, zunehmend offen politisch begründet werden, entlarvte sich die Klassenjustiz immer mehr als Gesinnungsjustiz gegen Kommunisten.

Offenbar aus diesem Grund stellte die Justiz inzwischen auch einen weiteren „Routhier-Prozeß“ gegen den „Roten Morgen“, der im März dieses Jahres stattfinden sollte, wegen Verjährung ein.

Diese politische Schlappe, die die Klassenjustiz durch den Kampf der Partei erlitten hat, bestimmte auch den Prozeß gegen den „Roten Morgen“ im November letzten Jahres.

Schon die Vorbereitungen waren entsprechend: Polizei wartete im Nebenraum des Gerichtssaales auf ihren Einsatz; der Gerichtssaal, in dem der Prozeß stattfand, war der einzige im Landgerichtsgebäude mit direktem Zugang zu Arrestzellen.

Während des Prozesses versuchte die Vorsitzende Richterin Porath die Angeklagten, deren Argumente sie nicht widerlegen konnte, mit ständigen Drohungen und Unterbrechungen zum Schweigen zu bringen. Schließlich nahm sie die Tatsache, daß Dieter Stoll die Beeinflussung eines Polizeizeugen durch das Gericht angriff, zum Anlaß, ihn zu drei Tagen Ordnungshaft mit sofortiger Vollstreckung zu verurteilen. Weder der Angeklagte noch seine Verteidigerin durften sich dazu äußern — was sogar die reaktionäre Strafprozeßordnung vorsieht — stattdessen riefen Richterin und Staatsanwalt sofort die Polizei, woraufhin sich mehrere Polizisten auf Dieter Stoll stürzten, ihn brutal aus dem Gerichtssaal abführten und außerhalb des Gerichtssaales zusammenschlugen. Und zwar so heftig, daß sogar der Dortmunder Gefängnisarzt ihm die Folgen dieser Mißhandlungen attestieren mußte.

Im Anschluß an diese Gerichtsverhandlung berichtete die Dortmunder Lokalpresse, die bisher jeden Prozeß gegen den „Roten Morgen“ totgeschwiegen hatte, in großer Aufmachung.

Die Klassenjustiz, die bisher in jedem Prozeß gegen den „Roten Morgen“ erfolglos versucht hatte, die Angeklagten als „normale Kriminelle“ hinzustellen, die stattdessen jedesmal von den Angeklagten als Gesinnungsjustiz entlarvt worden war, versuchte sich jetzt zu rächen, indem sie beide Angeklagten — denn ein Verfahren

Fortsetzung auf Seite 7

Vom Aufbau des Sozialismus

INTERNATIONALER FRAUENTAG IN DER SOZIALISTISCHEN VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Am 8. März wurde im ganzen Land in einer flammenden revolutionären Atmosphäre der Tag der internationalen Solidarität der Frauen begangen. Das Präsidium des Generalrats des Verbandes der Frauen Albaniens und das Präsidium des Verbandes für den Bezirk Tirana organisierten eine feierliche Versammlung in der Hauptstadt, an der ausgezeichnete Arbeiterinnen, Genossenschaftlerinnen, Militärangehörige, Mütter von Gefallenen, Veteraninnen des antifaschistischen nationalen Befreiungskampfes, ehemalige Aktivistinnen der Frauenorganisation und andere teilnahmen. Zugegen waren auch das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der PAA und Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Manush Myftiu, das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei und Präsident des Zentralrats des Gewerkschaftsverbandes, Rita Marko, die Präsidentin des Generalrats des Verbandes der Frauen Albaniens, Vito Kapo und andere. Auf der Versammlung wurde über den großen Beitrag der Frauen in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau gesprochen.

Feierliche Versammlungen zum 8. März wurden auch in den Bezirken Vlora, Dibra, Gjirokastra, Durres, Tropoja und anderen organisiert. Von den Versammlungen wurden Grußtelegramme an das Zentralkomitee der PAA gesandt.

Dem Tag der internationalen Solidarität der Frauen waren auch viele Kunst- und Kulturveranstaltungen gewidmet. Am 8. März wurde im Kulturpalast der Hauptstadt eine Fotoausstellung mit Werken der Galerie der bildenden Künste in Tirana eröffnet, die den großen Beitrag der albanischen Frau während des antifaschistischen nationalen Befreiungskampfes und während der Arbeit und des Kampfes für den Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung des Vaterlandes widerspiegelt.

Die albanische Frau ist mit dem Mann in der Arbeit, Entlohnung, im Urlaub, in der Sozialversicherung, Bildung, der gesamten gesellschaftlich-politischen Tätigkeit und in der Familie gleichberechtigt. Die Frauen stellen etwa die Hälfte der Gesamtzahl der Werktätigen, etwa 40% der in den leitenden Organen der Staatsmacht und der Massenorganisationen sowie in die verschiedenen Gremien der PAA Gewählten.

Vor der Befreiung waren 90% der albanischen Frauen Analphabeten, heute dagegen ist dieses Übel der Vergangenheit längst abgeschafft und die Frauen stellen etwa 40% aller Fachkräfte mit höherer und Hochschulbildung. Aufgrund der entsprechenden Direktive der PAA wurden viele Frauen auf verantwortliche Posten befördert, bis hin in die höchsten Organe der Partei und des Staates. Die albanischen Frauen stellen ihre Fähigkeiten auf allen Gebieten unter Beweis. Unter der Führung der PAA leisten der Verband der Frauen Albaniens, der Staat und alle Massenorganisationen, die Schule und die Gesellschaft eine gewaltige Arbeit, um Frauen und Männer im Geiste des Kampfes für die vollständige Emanzipation aller Menschen in der sozialistischen Gesellschaft zu erziehen, damit alle gemeinsam, Frauen und Männer, stets siegreich vorwärtsmarschieren auf dem Weg des Sozialismus, hin zum Kommunismus.

Der imperialistische Strafvollzug

Verschärfte Haftbedingungen gegen politische Gefangene

„Es gibt keine politischen Gefangenen in der Bundesrepublik." Es vergeht kaum ein Tag, an dem diese Propagandalüge der Bourgeoisie nicht durch die Presse, Fernsehen u. ä. geht. Doch im selben Augenblick sitzen mehr als 100 politische Gefangene seit Jahren in westdeutschen Gefängnissen. 35 von ihnen sind bereits rechtskräftig verurteilt: einmal lebenslänglich und insgesamt zu 240 Jahren Gefängnis. Bis zu fünf Jahre werden die übrigen in Untersuchungshaft gehalten, großenteils in totaler Isolation. Katharina Hammerschmidt, Holger Meins und Ulrike Meinhof sind den Haftbedingungen bereits zum Opfer gefallen — bevor sie „rechtskräftig" verurteilt werden konnten.

Diesen Gefangenen wird in erster Linie zum Vorwurf gemacht, daß sie unter Einsatz revolutionärer Gewalt den Staat bekämpfen. Mit Hilfe des berüchtigten Paragraphen 129 verhängt die bürgerliche Klassenjustiz Terrorurteile, auch wenn konkrete Straftaten nicht nachgewiesen werden können, die Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung", die den gewaltsamen Umsturz plant, genügt.

Doch die Bourgeoisie beschränkt sich heute schon nicht mehr darauf, einzelne „Terroristen" für Jahrzehnte in die Gefängnisse zu werfen. Auch wenn die ausgerichtete bürgerliche Presse dies systematisch totschweigt, kann die Bourgeoisie nicht verheimlichen, daß mehr und mehr auch Kommunisten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Allein wegen der Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in München wurden zwölf Jahre und neun Monate Gefängnis verhängt.

Inzwischen ist allein schon die Propagandatätigkeit der Partei, besonders durch ihr Zentralorgan, den „Roten Morgen", für die Bourgeoisie so gefährlich geworden, daß auch Presseverantwortliche der Partei und auch anderer revolutionärer Organisationen für ein Jahr und mehr ins Gefängnis geworfen werden. Der Genosse Gernot Schubert soll als Verleger des „Roten Morgen" für ein Jahr und vier Monate ins Gefängnis, weil es inzwischen sogar strafbar ist zu schreiben, daß politische Gefangene in Gefängnissen der Bundesrepublik durch Isolationshaft gefoltert werden, die DBR ein „Ausbeuterstaat" ist und die „angebliche ‚Demokratie' in der DBR in Wirklichkeit eine „Diktatur der Bourgeoisie" ist.

Obwohl normalerweise die Untersuchungshaft im Verhältnis zur Strafvollstreckungshaft priviligiert ist, weil ja ein Nichtverurteilter noch als unschuldig gelten soll, ist dies bei politischen Gefangenen eher umgekehrt. Wahlweise wird die Verschärfung der Haftbedingungen bei ihnen einmal auf Fluchtgefahr („Befreiungsversuche") oder Verdunkelungsgefahr („Konspirierendes Verhalten mit der Außenwelt") gestützt. Jede einzelne solcher Maßnahmen zeigt bereits ihren erniedrigenden Charakter:

— Die ohnehin schon vergitterten Zellenfenster werden zusätzlich mit dem berüchtigten Fliegengitter versehen, „zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahmen", wie es in zahlreichen Gerichtsbeschlüssen heißt;

— die Teilnahme an den ohnehin spärlichen Gemeinschaftsveranstaltungen (Fernsehen, Sport, Gottesdienste) ist generell ausgeschlossen;

— selbst der Hofgang (3/4 Stunde am Tag) wird einzeln durchgeführt, wobei schon Rufkontakte zu sofortigem Abbruch und zu Disziplinarmaßnahmen führen können. So hat das Landgericht Berlin gegen einen politischen Gefangenen deswegen einen verschärften Arrest von fünf Tagen verhängt und dies in grenzenlosem Zynismus so begründet: *„Auf den ersten Blick erscheint aber die verhängte Strafe von fünf Tagen verschärftem Arrest recht hart. Hier muß jedoch das gesamte Verhalten des Beschuldigten berücksichtigt werden. Er hat nämlich erklärt, daß er froh sei, mit einem Menschen sprechen zu können, weil man ihn in Einzelhaft halte. Das werde auch so bleiben, solange die Einzelhaft nicht aufgehoben werde. Damit hat der Beschuldigte aber eindeutig zu erkennen gegeben, daß er sich auch in Zukunft nicht an die für alle verbindliche Hausordnung halten will."*

Weitere Isolierungsmaßnahmen sind:

— ständige unauffällige Beobachtung (durch Gucklöcher oder Kamaras), oft auch nachts;

— regelmäßige Durchsuchung der Zelle und der persönlichen Gegenstände (in stetem Wechsel offen und verdeckt);

— Verbot und Zurückhaltung sämtlicher revolutionärer Literatur. In Dutzenden von Fällen wurde der „Rote Morgen" zurückgehalten, weil er die „Sicherheit und Ordnung der Anstalt" gefährde oder den Strafzielen entgegenstehe.

Selbstverständlich sind Besuchsbeschränkungen (nur Verwandte) und Beschränkungen des Postverkehrs, von dem ein großer Teil noch beschlagnahmt wird, um ihn im Strafverfahren gegen die Gefangenen verwerten zu können. Daß diese Maßnahmen der Isolationshaft ganz gezielt eingesetzt werden, um die politischen Gefangenen zur Aufgabe ihrer revolutionären Gesinnung zu bringen und sie zu Aussagen zu erpressen, wird von den Gerichten der bürgerlichen Klassenjustiz auch offen zugegeben.

Dies hat auch der hessische Justizminister Haempfler in einem Interview mit dem niederländischen Fernsehen zugegeben. Auf die Frage, ob denn Isolationsfälle von sechs Monaten bis 1 1/2 Jahren noch „angemessen" seien, antwortete Haempfler: *„Das ist nicht angemessen, aber das liegt zum Teil ja selbst in der Person der Betroffenen, die durch ihr hartnäckiges Weigern oder durch die Tendenz, alles zu verschleiern und auf keinen Fall hier die Wahrheit zu sagen oder die Wahrheitsfindung zu erleichtern, sich das selbst zuzuschreiben haben."*

In der Zwischenzeit sind „Isolationsfälle" von mehreren Jahren bei politischen Gefangenen die Regel geworden. Wenn ein politischer Gefangener dieser jahrelangen Isolationsfolter standgehalten hat, versucht es die Bourgeoisie hinten herum. Propagandistisch aufgedonnert macht sie „großzügige Zugeständnisse": Entweder bietet sie zum Einzelhofgang einen „Beigänger" an oder gestattet regelmäßigen Umschluß mit einem anderen, meist kriminellen Gefangenen, der, vorher von Beamten des Bundeskriminalamtes wohlpräpariert, dann das rauszuholen versucht, was den Vernehmungsbeamten nicht gelang.

Seit den Abhörskandalen, die in jüngster Zeit bekannt geworden sind, ist es auch kein Geheimnis mehr, daß das „Zugeständnis" der Justizbehörden, eine gemeinsame Prozeßbesprechung und -vorbereitung der RAF-Gefangenen in Stammheim zuzulassen, einzig und allein dazu diente, die dabei geführten und heimlich aufgenommenen Gespräche der Gefangenen untereinander auszuwerten und als Belastungsmaterial zu verwenden.

Auch wenn die westdeutsche Bourgeoisie für sich das „Verdienst" beanspruchen kann, die Methoden der Isolationsfolter weiterentwickelt und verfeinert zu haben, so ist die Art dieser Folter so neu nicht. Schon die Hitlerfaschisten wandten die Isolationsfolter an, um damit Geständnisse und Denunzierungen zu erpressen. In einem Aufsatz der Isolationsfolterspezialisten Gross und Svab heißt es: „Wenn wir die Absicht, die die Nazis durch Anwendung der psychologischen Gewalt, durch Isolation des Einzelnen verfolgt haben, betrachten wollen, kann man sagen, neben den Fällen, wo Isolation als Strafe verwendet wurde, hat sie in der großen Mehrzahl der Fälle als ein Mittel gedient, mit dem sie von ihren Opfern ein Bekenntnis verheimlichter Tatsachen erzwingen wollten."

Der Unterschied dieser Isolationstechniken zu den Tigerkäfigen Vietnams und den Daumenschrauben der Inquisition liegt darin, daß die Methoden raffinierter sind, schon deshalb, um vor den Werktätigen das Ausmaß der politischen Unterdrückung, der zunehmenden Faschisierung besser verheimlichen zu können. **Denn die Bourgeoisie hat gelernt, daß man bei dem Wort Folter nicht an freiheitliche Demokratie, sondern an Faschismus denkt.**

Entgegen der hartnäckigen Propaganda der Bourgeoisie braucht sie diesen Strafvollzug nicht nur und noch nicht einmal in erster Linie für ihren heutigen Kampf gegen die RAF. Sie braucht die Gefängnisse mit ihren modernen Folterstätten vor allem für die Zukunft. Sie richtet sich auf einen langen und erbarmungslosen Kampf gegen revolutionäre Arbeiter und Kommunisten ein. Die Isolationsfolter wird ein fester Bestandteil dieses Kampfes sein.

Besteht angesichts dieses gegenwärtigen und zukünftigen Terrors der Bourgeoisie Anlaß zu Kleinmut und Pessimismus? Keineswegs. Die Bourgeoisie will mit ihrem Kampf gegen den „Terrorismus" demonstrieren, wie mächtig sie ist. Dabei nutzt sie die Tatsache, daß eine relativ kleine Zahl von „Terroristen", die losgelöst von den Massen und ohne revolutionäres Programm den gewaltsamen Kampf mit dem Staat aufnehmen, aus, um ihre vermeintliche Stärke zur Schau zu stellen und damit gleichzeitig die Massen einzuschüchtern, ihnen die Ausweglosigkeit **jeden** Kampfes gegen den Kapitalismus vor Augen zu halten. Das ist auch der Grund dafür, daß die Bourgeoisie unermüdlich versucht, Kommunisten mit Putschisten und individuellen Terroristen gleichzusetzen, die ihre Politik dem Volk mit Gewalt aufzwingen wollen. **Doch die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen messen die Kommunisten nicht nach den Propagandalügen der Bourgeoisie, sondern nach ihren Taten, danach, ob sie sich wirklich für die Revolution einsetzen. Deshalb wird die Bourgeoisie auch mit ihrem brutalen Terror ihr eigentliches Ziel, die Kommunisten zur Aufgabe ihres Kampfes zu zwingen, nicht erreichen. Denn hinter den Kommunisten steht die Kraft ihrer Partei, der Werktätigen und der Arbeiterklasse. Und diese Kraft bekommt die Bourgeoisie mit jedem eingekerkerten Kommunisten und revolutionären Arbeiter mehr zu spüren.**



Freiheit für Sascha Haschemi!

Der 7. März war der Tag, an dem Genosse Sascha Haschemi aus dem Gefängnis hätte entlassen werden müssen. Denn an diesem Tag waren 2/3 der 18 Monate Gefängnis, zu denen Genosse Sascha wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 verurteilt worden war, herum. Ein Erlaß der Reststrafe aber ist normalerweise keine besondere „Gnade" der Klassenjustiz, sondern die Regel. Jedenfalls für Häftlinge, die wegen krimineller Delikte verurteilt wurden. Für Sascha aber soll das jetzt offensichtlich — wie schon vorher beim Genossen Heinz Baron — nicht gelten. Bei Heinz Baron hatten die Justizbehörden offen erklärt, er müsse aufgrund seiner kommunistischen Gesinnung im Gefängnis bleiben. Daß er schließlich doch entlassen werden mußte, lag einzig und allein am Kampf der Partei und der großen Empörung über diesen Gesinnungsterror.

Hier will man bei Sascha offenbar vorbeugen. Denn Sascha erhielt bisher keinerlei Begründung dafür, warum er nicht am 7. März, entsprechend seinem Antrag, entlassen wurde. Stattdessen eröffnete man ihm zunächst, sein Antrag sei verloren gegangen! Inzwischen ist der Antrag zwar wieder aufgetaucht, aber bei einer Justizbehörde, die schon früher einmal erklärt hat, sie sei für Sascha gar nicht zuständig. Die Taktik ist nicht schwer zu durchschauen: Statt Farbe zu bekennen, wie im Fall Heinz Baron, versucht man die Angelegenheit zu verschleppen! Das Ziel in beiden Fällen ist aber das gleiche: Weil der Häftling ein Kommunist ist, will die Klassenjustiz ihn solange wie irgend möglich in Haft halten.

Gegen diesen Gesinnungsterror muß der Kampf geführt werden!

Antifaschisten aus Köln sollen ins Gefängnis

Am Donnerstag, den 11. März, erhielten drei der vier Nippeser Antifaschisten die Ladung zum Strafantritt innerhalb einer Woche! Nachdem die westdeutsche Bourgeoisie bereits im September 1975 den Genossen Paul Pittam wegen seiner Verurteilung nach England abgeschoben hatte, wurde die von den Genossen eingelegte Revision gegen das Gesinnungsurteil im Juni 1976 vom Oberlandesgericht in Karlsruhe ohne Begründung abgelehnt.

Antifaschisten hatten im Oktober 1973 eine großangelegte Flugblattaktion der neofaschistischen NPD im Stadtteil Köln-Nippes verhindert. Sieben von ihnen wurden damals von der bereitstehenden Polizei festgenommen. Im darauffolgenden Prozeß wurden die Genossen zu Gefängnisstrafen zwischen 3 1/2 und 7 1/2 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Das Urteil, das 113 (!) Seiten umfaßt, behandelt auf 37 Seiten nur die Gesinnung der Genossen, insbesondere ihre Ansicht, daß dieser Staat nur durch die revolutionäre Gewalt der Arbeiterklasse gestürzt werden kann und daß die Diktatur des Proletariats auf den Trümmern des alten Ausbeutersystems errichtet werden muß.


Demonstration gegen die Inhaftierung der vier Kölner Antifaschisten in Köln-Nippes

Die Solidarität mit den Genossen ist auch heute noch groß. Auf der Straße werden sie noch oft angesprochen, wie der Fall steht, ob sie schon im Gefängnis gewesen seien usw. Immer wieder hören die Genossen: Wenn ihr im Gefängnis seid, werden wir euch besuchen oder euch schreiben. Die RHD sammelte an den Haustüren Arbeitergroschen für Arbeitergroschen für die Antifaschisten und brachte es auf über 500 DM. Bei einer kleinen Versammlung, an der Verwandte, Kollegen und Freunde der Genossen teilnahmen, erklärte ein Kollege des Genossen Wolfang, daß er ihm die Miete, ca. 350 DM, für das halbe Jahr seiner Inhaftierung zahlen werde. Außerdem erklärte derselbe Kollege, daß er noch 50 bis 60 DM Kirchensteuer im Monat zahlen würde, jetzt aber aus der Kirche austreten wolle und den so gesparten Betrag den Antifaschisten zur Verfügung stellt. Der Kollege ist Schlosser. Zahlreiche Freunde der Genossen erklärten sich bereit, Zeitungsabonnements für die Knastzeit zu bezahlen, Bücher und andere notwendige Sachen bereitzustellen und für die Prozeßkosten, die sicher weit über 50 000 DM betragen, zu spenden.

Das alles, so erklärte ein Genosse, gibt uns die Gewißheit, daß wir für eine gerechte Sache gekämpft haben und unter allen Bedingungen, seien sie auch noch so widrig und schwer, weiterkämpfen werden und müssen.

Freiheit für die Nippeser Antifaschisten!

Prozeß gegen den Roten Morgen

Fortsetzung von Seite 6

wegen Widerstand und Körperverletzung wurde auch gegen Gernot Schubert eingeleitet — in einem weiteren Prozeß erneut zu bestrafen und als „kriminelle Gewalttäter" hinzustellen versuchte.

Durch die Anklageschriften und durch den Verlauf des Prozesses gegen Dieter Stoll wurde das völlig offensichtlich. Zunächst einmal hätte die Anklage gegen Dieter Stoll wegen Widerstandes von vornherein fallengelassen werden müssen, da das Oberlandesgericht Hamm festgestellt hatte, daß die Verweigerung des rechtlichen Gehörs wegen der verhängten Ordnungsstrafe nicht rechtmäßig war. Darüber setzte sich das Gericht in seiner Urteilsbegründung mit der Bemerkung hinweg, daß der Angeklagte zwar „auf einem vermeintlichen Recht bestanden habe, was sich nachträglich auch als Recht herausgestellt habe". Das habe aber nichts zu bedeuten, weil nach Ansicht des Gerichts kein Angeklagter eine so „subtile Rechtskenntnis" haben könne, um sich zu Recht im Recht zu fühlen! Mit anderen Worten: Angeklagte sind nach Ansicht dieses Gerichts von vornherein immer zu dumm, um ihre Rechte zu kennen, und deshalb sind sie auch immer im Unrecht, wenn sie sich gegen das Gericht für die Wahrnehmung ihrer Rechte einsetzen!

Die Vernehmung der Polizeizeugen ergab im übrigen, daß zwar alle „ganz sicher wußten", daß der Polizist Busch schwer verletzt worden war, aber wann und wo das geschehen war, darüber hatte jeder seine eigene, der des anderen völlig entgegengesetzte, Ansicht. Den betreffenden Polizisten Busch, der angeblich durch einen Tritt vor das Schienbein so schwer verletzt worden war, daß er zunächst kreidebleich wurde, dann nicht mehr gehen konnte (was ihn nicht daran hinderte, zusammen mit Kollegen Dieter Stoll abzuführen) und schließlich auch seinen Dienst nicht mehr versehen konnte, hatte das Gericht vorsichtshalber gar nicht erst als Zeugen geladen. Die sowieso schon auf Sand gebaute Konstruktion der Anklage wäre dann wohl vollständig zusammengebrochen.

Angesichts dieses Prozeßverlaufs wurde im Plädoyer des Staatsanwalts nur noch offensichtlicher, daß er den Angeklagten nur aus einem einzigen Grund verurteilt haben wollte: Weil er Kommunist ist. Und aus diesem und keinem anderen Grund wurde Dieter Stoll dann auch verurteilt: zu 600 DM Geldstrafe wegen Widerstand und Körperverletzung.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

Staatsanwalt hält Brokdorf-Film fest

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch von einer unerhörten Schnüffelei der Staatsschutzbehörden berichten. Ein Bekannter von mir, der in der Nähe von Kiel wohnt, war am 13. 11. 1976 in Brokdorf. Er ist begeisterter Amateurfilmer und hat dort wie er sagt „mitten im Getümmel" einen Film gedreht. Diesen Film hat er dann zu Agfa-Gaevert zum Entwickeln geschickt und später zu einer Firma in Flensburg, die eine Tonspur auf den Film ziehen sollte. Sowas dauert normalerweise nur 3-4 Tage. Nachdem er fast 14 Tage gewartet hatte, schrieb er per Einschreiben einen Brief an die Firma und forderte sie auf, den Film innerhalb einer bestimmten Frist an ihn zurückzuschicken. Dies geschah nicht.

Stattdessen tauchten einige Tage später zwei Typen von der Staatsanwaltschaft Flensburg bei ihm auf. Sie sagten, sie wollten mal sehen, was für ein Mensch er sei und warum er nach Brokdorf gefahren sei. Eine Kopie seines Schreibens an die Flensburger Firma hatten sie dabei. Sie sagten ihm dann noch, daß die Firmen, die die Filme bearbeiten, die Pflicht haben, Filme von verbotenen Demonstrationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei sofort an die Staatsschutzbehörden weiterzuleiten.

Mein Bekannter sagte den beiden Typen sinngemäß, es ginge sie gar nichts an, warum er nach Brokdorf gefahren sei. Er frage sie ja auch nicht, mit wem sie ihre Nächte verbringen. Er verlangte dann seinen Film zurück. Als sie antworteten, sie hätten den Film nicht dabei, gab mein Bekannter ihnen zu verstehen, sie hätten bei ihm nichts mehr verloren; außerdem habe er sich schon einen Anwalt genommen. Als der eine von den beiden dann noch pampig wurde, wies mein Bekannter ihnen die Tür. Er lege keinen Wert mehr auf ihre Anwesenheit, er habe heute seinen freien Nachmittag und müsse sonst schwer arbeiten, um für Leute wie die beiden das Geld zu verdienen.

Die Typen zogen dann ab, nicht ohne ihm noch zu versichern, er würde noch von ihnen hören.

Mein Bekannter war sehr empört über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Er hat inzwischen Klage erhoben gegen die Firma, die seinen Film weitergegeben hat. Er hat jedoch keine Angst vor dem Staatsapparat und hat auch eine Unterschrift für die Freilassung des Genossen Bernd Hübner gegeben.

Rot Front!
Ein Genosse aus Kiel

40 km zur nächsten Kinderstation

Liebe Genossen!

Am 13. 3. 1977, um 10.30 Uhr, geschah es. Unsere kleine 13 Monate alte Tochter fiel die Treppe runter. Wir fuhren mit unserem Auto sofort ins Pinneberger Kreiskrankenhaus. Unterwegs wurde sie für kurze Zeit ohnmächtig und krampfte. Im Krankenhaus wurde nur eine Karteikarte ausgefüllt.

Als der Arzt endlich kam, sagte er uns, wir sollten ins Altonaer Kinderkrankenhaus in der Max-Brauer-Allee fahren, man habe hier keine Kinderabteilung. Dieses Krankenhaus ist von Pinneberg 40 km entfernt.

Wir fragten, ob man es überhaupt verantworten könne, sie in diesem Zustand mit unserem Auto so weit zu transportieren. Seine Antwort: „Das müssen Sie am besten wissen, Sie kennen das Kind ja besser." Wir wollten keine Zeit mit dem Kerl verlieren und fuhren los.

In der Max-Brauer-Allee gab es kein Kinderkrankenhaus. Wir fuhren zum Polizeirevier. Der Polizist telefonierte eine Viertelstunde. Seine einzige Auskunft: „Mein Kollege meint, im Hohenzollernring gäbe es ein Kinderkrankenhaus." Wo genau, wußte er nicht.

Wir jagten dorthin. Als wir da waren, mußten wir noch eine halbe Stunde auf einen Arzt warten.

Als er kam, war es 12.30 Uhr. Ob unsere Tochter ernste Verletzungen hat oder nicht, wissen wir nicht, sonntags finden keine Untersuchungen mit Röntgenaufnahmen, EKG usw. statt. Wir mußten sie dalassen und sind voll Unruhe nach Hause gefahren, denn es sind viel zu wenig Schwestern auf der Station, die Kinder hängen den ganzen Tag in den Gitterbetten, und man gibt ihnen sogar Beruhigungsspritzen, wenn sie zuviel schreien, denn man hat keine Zeit für sie. Der Staat gibt kein Geld für die Betreuung kranker Menschen aus.

Die Krankenversorgung ist so unvorstellbar schlecht, daß es uns in vielen Fällen das Leben kostet.

Wir wissen, daß sich das erst im Sozialismus, wie in Albanien, ändert. Und dafür kämpfen wir.

Rot Front!
Zwei Genossen aus Pinneberg

Breiter Haß gegen den Polizeiapparat

Liebe Genossen!

Mein Onkel wollte mit seinem Auto in eine freie Parklücke einfahren. In dieser Lücke stand ein Polizist — ein Bein auf der Straße, das andere auf dem Bürgersteig — und unterhielt sich. Obwohl mein Onkel dem Polizisten ein Zeichen gegeben hatte, hielt dieser Herr es nicht für nötig, sein Bein auch nur einen Zentimeter wegzubewegen. „So!" dachte mein Onkel, „wenn dieser Kerl das nicht nötig hat, ich schon lange nicht!" und parkte vorschriftsmäßig in die Lücke ein.

Die Folge war, daß die grüne Hose des Polizisten leichte Staubspuren aufwies, mein Onkel sofort zur Polizeiwache mußte, dort eine Blutprobe von ihm genommen wurde und als Gipfel der Unverschämtheit sein Führerschein für mehrere Wochen einkassiert wurde.

Hat er zuerst noch ziemlich spontan seinem Haß gegen diese Büttel des Staatsapparates Ausdruck gegeben, so sind ihm nach diesem Vorfall die Augen aufgegangen, und er weiß nun ganz genau, aus eigener Erfahrung, daß der ganze Polizeiapparat nichts ist als ein Mittel zur Einschüchterung und Unterdrückung der Bevölkerung.

Ein weiteres Beispiel:

Vor ein paar Tagen folgte mir ein Polizeiauto bis auf den Parkplatz vor meiner Schule in einem Arbeiterviertel. Dort verlangten die Polizisten in herrischem Ton sämtliche Fahr- und Ausweispapiere, weil ich ihnen angeblich die Vorfahrt genommen hätte. Kaum hatten sie ihren Block mit den Strafzetteln herausgezogen, waren sie auch schon von 30-40 Schülern, deren Lehrerin ich bin, umzingelt. Diese riefen aufgebracht: „Was wollen die Bullen von Ihnen?" „Lassen Sie bloß unsere Lehrerin in Ruhe!" „Die Bullen sollen machen, daß sie abhauen!"

Die Polizisten hatten es daraufhin ziemlich eilig, die Strafzettel wegzustecken und mit ein paar gemurmelten Drohungen ins Auto zu verschwinden und abzuhauen.

An diesen so gar nicht spektakulären Vorfällen zeigt sich ganz klar, wie tief und fest der Haß gegen den kapitalistischen Staat und dessen Handlanger unter den Werktätigen, ja selbst unter den Kindern verwurzelt ist.

Rot Front!
Eine Genossin

PARTEIVERANSTALTUNGEN

HAMBURG
Kulturabend. 2. April, 19 Uhr, „Zum Alten Sängerheim", Oelkersallee 5.

BOCHUM
Kulturabend. 1. April, 19 Uhr, „Backhaus", Goldhammerstraße.

VERANSTALTUNG DER RHD

KÖLN
Solidaritätsveranstaltung für die vier Kölner Antifaschisten. 1. April, 19 Uhr, „Mathildenhof", Mathildenstraße (Köln-Deutz).

Rote Kurzgeschichte

Von Christoph Untertan — **Aus 'Rote Fahne', 17.11. 1929**

Bauer, wer hat ein Herz für dich?

Bäuerin Schramm streckt den gekrümmten Rücken. Stöhnt! Dann wischt sie die von Dreck und Arbeit knirschenden Hände in die grobe Sackschürze. Ermuntert ihre zwölfjährige Tochter: „Nun, Anni, jetzt sind wir aber fertig!"

Die Angesprochene wirft aufatmend die letzten abgehackten Zukkerrüben auf einen Haufen und erwidert: „Mutter! Ich bin auch schon ganz krumm und lahm von aller Arbeit!" Ihre kleinen Fäuste stemmt sie dabei gegen das Rückgrat, als müsse sie das schmale Kreuz gewaltsam wieder aufrichten. Die Bäuerin streichelt mit harten Händen über das Haar, der von Sorgen und Arbeit ausgezehrte Mund formt die alte geduldige Klage: „Ja, meine Kleine! Von früh bis spät arbeiten, das ist nun unser Los." In den Augen spiegelt sich nur müde die frisch aufgewühlte braune Scholle.

Dann rafft sie sich auf und sagt: „Komm, Anni! Das Vieh wartet...! Die Wirtschaft wartet auf uns. Wir müssen machen!" Ihre flinken Hände füllen die Kiepe mit Rübenkraut.

Am anderen Ende des Ackers hat der Bauer eine Fuhre Rüben geladen. „Das wird zuviel sein, was da aufgeladen ist! Denn so zerfahren war der Weg seit langen Jahren nicht." redet die Bäuerin auf ihren Mann ein. Auf dem gebeugten Rücken schwankt der Korb mit Rübenkraut.

„Ach was! Kümmere dich um deine Sachen!" murrt der Bauer.

„Nein! Ein Schimpf und eine Schande ist es, daß ihr die Gemeinde noch nicht zum Wegpflastern gebracht habt. Aber Hampelmänner seid ihr! Eure Frauen könnt ihr tyrannisieren!" schimpft die Bäuerin.

Der Bauer zerbeißt noch den Fluch zwischen seinen Zähnen und klettert auf den Wagen. Die Pferde ziehen keuchend an.

„Warum ist denn der Weg nach dem Park des Rittergutes gepflastert? Dort habe ich noch nie einen Wagen fahren sehen!" fragt Anni interessiert die Mutter.

Die Bäuerin reckt sich unter der Last und entgegnet noch immer verbittert: „Ja, was die Großköpfe in der Gemeindevertretung anordnen, führen die Bauern wortlos aus. Und an diesem Weg liegen ja nur die Äcker der Kleinbauern."

Die Pferde, ein paar mittschwere Ermländer, liegen — die kraftgebündelte Brust weit nach vorn gestemmt — vor Anstrengung beinahe auf dem Bauch. Wasserpfützen spritzen unter den stampfenden Hufen auf. Doch immer tiefer mahlen sich die Räder in den Dreck, immer zäher klebt der Schlamm.

Dort, wo der Weg anfängt zu steigen, bleiben die Pferde ausgepumpt stehen. Schaumflocken flattern aus den Nüstern. Die Schenkel zittern. Schweiß tropft von den pochenden Bäuchen. Doch wieder ertönt das aufreizende „Hüo...los, Brauner!"

Das Sattelpferd stutzt aufgeregt. Schon knallt mehrmals die Peitsche wie ein scharfer Karabinerschuß.

Von Furcht und Schmerz gepackt fällt das Pferd mit aller Gewalt in das Geschirr. Das Handpferd taumelt von dem wuchtigen Anprall zurück. Der Wagen voll Rüben hat sich noch tiefer, beinahe bis an die Achsen, hineingerüttelt.

Noch mehrmals knallt die Peitsche, doch vergeblich!

Die Bäuerin jammert: „Die armen Pferde müssen nun der Bauern Feigheit büßen..."

Schramm hat unter Schimpfen und Fluchen die Räder freigehackt. Er will hinter den Pferden von neuem auf den Wagen klettern.

Da fallen die Pferde, von Angst gepackt, voreilig in die Stränge. Der Bauer taumelt, schleudert die Arme in die Luft und schon liegt er vor dem Rad...

Die Bäuerin schreit markerschütternd auf. Zu spät! Die Räder knirschen über die Füße...

Das Gefährt steht. Schramm liegt zusammengeknickt im Dreck. Das Gesicht ist kalkweiß, die Augen leer und weit aufgerissen. Die Bäuerin bemüht sich um ihn. Rotes Blut strömt aus den breitgequetschten Stiefeln...

Die Bäuerin schreit um Hilfe.

Aus dem Park gleitet lautlos das Auto des Rittergutsbesitzers. Die Bäuerin rennt über die Äcker.

„Ach du lieber Gott", schreit die Bäuerin, „meinem Mann ist soeben der Rübenwagen über die Füße gefahren. Einer muß ab sein! Lieber, guter Herr, helfen Sie ihm! Auf dem schnellsten Weg muß er ins Krankenhaus."

Der Junker zuckt die Schultern. Wendet den Kopf. Die Bäuerin stiert auf den vom Suff blau angelaufenen Schmiß auf der Backe. „Chauffeur, weiterfahren! Ich habe keine Zeit!" schnarrt seine Stimme.

Der Herzschlag der Bäuerin stockt. Auch der Chauffeur ist unentschlossen.

„Weiterfahren! Schockschwerenot nochmal, fahren Sie schon! Die Megäre wird schon Platz machen!" tobt der Junker.

— — —

Ein Herbstabend. Die Dunkelheit wird täglich schon früher und dichter um das Dorf gewoben. Nebel und Blätterfall füllen feucht die Straße. Hundebellen.

Bäuerin Schramm wankt aus dem Hoftor. Ihr Körper ist noch krummer, noch hinfälliger. Im Schein der Straßenlampe erscheint sie in den wenigen Tagen um ein Jahrzehnt gealtert. Heute, am Nachmittag, trug man ihre Anni, ihr einziges bißchen Freude nach dort, von wo es niemals ein Zurück gibt...!

Sie steht am Straßengraben, der wie eine giftige Girlande sich eng an die Sockel der Häuser schmiegt. Ein widerlicher Gestank steigt dort aus dem grünen, faulenden Grund. In ihren Ohren rascheln noch die Kränze. In ihrer Erinnerung poltern knöchern die Erdschollen auf den dröhnenden Sarg...

Nirgends hat sie Ruhe. Im Hause ist sie ja nun ganz allein.

Sie steht und sinnt. Die Jauche höhnt wie ein ekelnder Mund die gleichen Worte wie die des Pfarrers: „Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß...!" Sie lacht grell auf, als wenn Gläser zerscherben.

„Lüge!... Alles ist Lüge!" stößt der Mund heraus. „Dort!" — ihr ausgestreckter Arm deutet in den Schlamm des Grabens — „Dort ist nicht Gottes, aber der Gemeinde erforschlicher Ratschluß verborgen!" Der Schatten ihrer beschwörenden Geste wächst in dem Straßenlicht über die Wände, über das Dach des Hauses...

Dann schlurft sie dicht an den Laternenpfahl heran. Entziffert ein angeklebtes Versammlungsplakat: „Fruchtbare Gemeindepolitik!" Ihre Hand gleitet wie selbstbesinnend über das spärliche Haar. Ihr Gesicht ist hart und entschlossen.

Bäuerin Schramm war eine jener wenigen Menschen, die dort am größten und stärksten sind, wo das „Schicksal" andere schon erdrückte. Ihre festen Schritte verhallen in der Dorfstraße.

— — —

Der Saal der Gemeindeschenke ist erleuchtet. Stimmen verdicken mit dem Tabakrauch die Luft.

— Jetzt hat ein Landbundmensch das Wort. Er schimpft auf die Roten. Wettert über die Kommunisten im Dorf, die diesmal eine eigene Liste von Arbeitern aufstellten. Zum Schluß lobt er noch die „einträchtige" Arbeit der bisherigen Gemeindevertretung.

Endlich hat er geendet. Der Vorstand klatscht Solo. Die Bauern atmen auf.

Plötzlich recken sich die Hälse. Eine Frau in Schwarz geht zum Vorstandstisch. „Das Wort hat Frau Schramm", stottert der Schulze. Starrt dabei entsetzt in das Gesicht des neben ihm sitzenden Junkers.

„Mein Mann liegt im Krankenhaus! Die Ursache wißt ihr. Mein Kind trug man heute auf den Friedhof! Die Urheber des Mordes nenne ich euch! Ich klage an: als Frau! und Mutter! Die Luderwirtschaft in unserer Gemeinde."

„Weiberwirtschaft", kreischt der Junker.

Aber unbeirrt fährt die Bäuerin fort: „Ist es Weiberwirtschaft? Oder ist es Ihr Werk, daß wir solche Zustände im Dorf haben! Wo unser Vieh in den grundlosen Wegen kaputtgeht. Unsere Männer sich zu Krüppeln fahren. Kein Geld da, sagt ihr! Aber der Weg nach dem Park ist glatt wie ein Tisch. Und wie sieht es im Dorf aus? Dort steht seit Jahr und Tag die Jauche in dem Straßengraben." Sie macht eine Pause, holt Luft und redet weiter: „Bauern, drei Tote sind bisher im Dorf, die an Typhus starben. Auch meine Anni..." Ihr Körper zittert. Die von Schmerz und Haß gesteigerte Seele schleudert heraus: „Sie alle sind ermordet, sind Opfer dieser Verbrecherwirtschaft. Denn die nie abfließende Jauche dringt in unsere Brunnen, vergiftet das Wasser... Kein Geld da! Denn nur Arbeiter und arme Bauern erkrankten und starben."

„Schluß", brüllt der Junker. Der Ortsschulze springt auf. Die Klingel schrillt. Der Saal schreit: „Weiterreden!" Die Versammlungsleitung erbleicht. Tritt ab.

Ein Arbeiter springt zum Vorstandstisch. Seine eindringliche Stimme wischt durch den Saal: „Im Namen der Arbeiterliste führe ich die Versammlung weiter. Genossin Schramm hat das Wort."

Die Bäuerin redet, als wäre soeben nichts geschehen: „Was fordern wir von der neuen Gemeindevertretung? Kanalisierung! Wegebauten! Und so vieles andere in unserem Interesse."

„Bauern!" Ihre Stimme steigert sich, die Runenschrift im Gesicht leuchtet, „merkt es euch! Nur die Arbeiter haben ein Herz für uns. Arbeiter und Bauern gehören zusammen!"

Der Saal antwortet mit Bravo und Beifall.

Der Arbeiter antwortet der Masse: „Wir sind mit einer gemischten Liste einverstanden. Bitte um Vorschläge für die Bauern."

„Bäuerin Schramm", rufen mehrere Stimmen gleichzeitig. Wieder rauscht Beifall.

„Das ist ja Bolschewismus!" keucht der Junker. Das Gesicht ist widerlich grün wie die Pfütze in dem Graben.

(aus Rote Fahne, 17. 11. 1929)

Gespräch zwischen Enver Hoxha und Pedro Pomar Mitglied des Exekutivkomitees des ZK der KP Brasiliens vom 18. 8. 1967

Vor kurzem fiel Genosse Pedro Pomar, Mitglied des Exekutivkomitees des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens zusammen mit seinen tapferen Genossen Angelo Arroyo und Joao Batista Drumond heroisch im Kampf gegen die faschistische Diktatur Brasiliens. Genosse Pedro Pomar war ein hervorragender Kämpfer gegen Imperialismus, modernen Revisionismus und faschistische Reaktion, ein geliebter Freund des sozialistischen Albaniens. Wie auch auf unserem 7. Parteitag unterstrichen wurde, machte die Entschlossenheit, der Mut, der hohe Geist, die Selbstlosigkeit und die Hingabe an die große Sache des Proletariats die hervorragenden Kämpfer der marxistisch-leninistischen Bewegung, die von den Faschisten barbarisch getötet worden sind, zu leuchtenden Fackeln des Kampfes der werktätigen Massen für die nationale und soziale Befreiung.

Genosse Pedro Pomar war dreimal in unserem Land gewesen, und er hegte große Liebe und Achtung für unsere Partei der Arbeit, das albanische Volk und ihren Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus, für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und den Aufbau des Sozialismus.

Im Gedenken an Genossen Pedro Pomar und als Ehre und Achtung für ihn druckt die Zeitschrift „Rruga e Partise", Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Auszüge aus dem Gespräch ab, das Genosse Enver Hoxha mit ihm, als er zu einem Besuch in Albanien weilte, am 18. August 1967 geführt hatte und das wir nun bringen.

Genosse Enver Hoxha: „Wie geht es Ihnen, Genosse Pomar? Wie geht es Genossen Amazonas?"

Genosse Pedro Pomar: „Danke gut, uns allen geht es gut."

Genosse Enver Hoxha: „Es ist eine besondere Freude für mich, wieder mit Euch, den Genossen der heroischen Kommunistischen Partei Brasiliens, zusammenzukommen. Wir bewahren die besten Erinnerungen an das Treffen, das wir mit Genossen Amazonas hatten, als er in Albanien war. Genosse Amazonas ist wirklich ein dem Marxismus-Leninismus ergebener Genosse, ein tüchtiger Mensch, stark im Geist und Denken sowie in der korrekten Interpretation der marxistisch-leninistischen Kenntnisse. Alle unsere Genossen haben sich sehr gefreut und es als große Ehre empfunden, daß Genosse Amazonas zu dem 5. Parteitag unserer Partei kam. Bei dieser Gelegenheit schilderten er und die anderen Genossen deutlich die Lage in Brasilien und in Lateinamerika. Das was für uns eine sehr große Hilfe. Wir wissen, daß beide Seiten, Ihr wie auch wir, einen Gedankenaustausch brauchen. Eure Anwesenheit in Albanien ist daher eine Hilfe für uns."

Genosse Pedro Pomar: „Ihre Worte, Genosse Enver, bewegen uns sehr. Sie sind sehr warm und sehr herzlich. Jedes Mal, wenn wir hierher kamen, waren wir stets sehr gerne zu einem Meinungsaustausch mit den albanischen Genossen bereit. Genosse Amazonas ist aus Ihrem Land sehr zufrieden und mit den besten Eindrücken von den Genossen der Partei der Arbeit Albaniens abgereist. Er verließ Ihr Land noch stärker davon überzeugt, daß die Linie Ihrer Partei richtig ist. **Die Partei der Arbeit Albaniens, die in den vordersten Reihen des Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus steht, hat uns das große Beispiel geliefert, daß man, gestützt auf den Marxismus-Leninismus, jeden Feind, wie stark er auch sei, erfolgreich abwehren kann. Wenn wir miteinander fest vereinigt und verbunden sind, kann uns niemand bezwingen.** Darum bestellen wir Euch im Namen aller unserer Genossen herzlichste Grüße und versichern Euch, daß wir stets Eure wahren Brüder sein werden."

Genosse Enver Hoxha: „Ihre Worte, Genosse Pomar, sind eine Hochschätzung unserer Partei. Sie stärken unser Vertrauen in unseren gemeinsamen Kampf und steigern die Verantwortung, die unsere Partei gegenüber der marxistisch-leninistischen Weltbewegung hat. Unsere Erfahrung ist natürlich nicht sehr groß und nicht die einzige. Das sagen wir nicht aus Bescheidenheit, sondern von der Wahrheit ausgehend, daß der Kampf und die Revolution eine große Sache aller Völker sind, wozu eine grenzenlose Erfahrung gesammelt wurde und weiter gesammelt wird. Sie zeigt, daß nur die Parteien die Revolution vollbringen und in ihr siegen können, die konsequent den Marxismus-Leninismus anwenden.

Doch worin besteht die Kraft der marxistisch-leninistischen Parteien? Sie besteht darin, daß sie das Leben immer so sehen, wie es ist, mit seinen Widersprüchen, seinen Windungen und Wendungen, seiner Tendenz, stets vorwärtszuschreiten, zum unausbleiblichen Fortschritt, und zwar durch die Revolution. Dieser Glaube an die Zukunft bewirkt, daß die marxistisch-leninistischen Parteien sich in ihrem Kampf richtig orientieren, daß sie vor Schwierigkeiten nicht zurückschrecken und aufgrund zeitweiliger Niederlagen nicht verzweifeln, denn der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß der Weg der Revolution nicht mit Rosen bestreut ist. Die Marxisten-Leninisten müssen mutig und mit unbeirrbarer Entschlossenheit vorangehen, durch Kampf und Anstrengungen die Schwierigkeiten überwinden und in diesem Kampf Erfahrungen sammeln, um weiter vorwärtszuschreiten. Auf ihrem über 25jährigen Weg hat unsere Partei viel gelernt. Doch wir sehen, daß wir noch viel zu lernen haben.

Wir wenden jetzt die Beschlüsse des 5. Parteitages an und können, kurz gesagt, feststellen, daß wir die Linie der Partei erfolgreich verwirklichen. Das heißt nicht, daß wir auf keine Schwierigkeiten stoßen. Diese noch so großen Schwierigkeiten aber werden in der von der Partei geschaffenen Situation rasch überwunden, weil unsere Partei, wie Eure Partei, mit dem Volk eng verbunden ist und weil ihre Linie die Wünsche und Ideale des werktätigen Volkes vertritt. Andererseits setzt sich die Partei unermüdlich dafür ein, daß das Volk die Linie der Partei, den Marxismus-Leninismus versteht, fühlt und anwendet, an alle Erscheinungen und die Direktiven der Partei im marxistisch-leninistischen Geist herangeht. Wir sehen, daß die Anwendung der Direktiven des Parteitages Ergebnisse gezeitigt hat. Das hauptsächliche Ergebnis ist, daß die Kommunisten und das Volk ein hohes politisches Bewußtsein erreicht haben, was sich darin äußert, daß wir unsere Wirtschaftspläne, sei es in der Industrie oder in der Landwirtschaft, in der Bildung und Kultur oder in der Frage der Verteidigung des Vaterlandes, wie noch nie zuvor erfüllt haben."

Nachdem Genosse Enver Hoxha Genossen Pedro Pomar über eine Reihe von Erfolgen berichtet hatte, die in unserem Land bei der weiteren und allseitigen Revolutionierung der Partei und des gesamten Lebens des Landes erzielt worden sind, fuhr er fort:

Unsere Kraft liegt in der marxistisch-leninistischen Ideologie, in unserer Siegeszuversicht, im Vertrauen auf das Volk

„Was den großen gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und modernen Revisionismus betrifft, sind wir der Meinung, daß wir uns mit den erzielten Erfolgen niemals zufriedengeben dürfen, weil wir noch einen großen Kampf vor uns haben. Wenn auch in Albanien einiges erreicht wurde, — das Wichtigste davon ist die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats — so müssen wir daran denken, daß unsere Genossen und die anderen Völker noch im Kampf stehen und ihr Blut vergießen, gewaltige Opfer bringen und unzählige Schwierigkeiten unter äußerst schweren inneren und äußeren Bedingungen durchmachen. Wir müssen daher unsere Genossen nicht nur unterstützen, sondern sie auch verstehen und großes Vertrauen in sie haben, in ihren Heldenmut, ihren Kampf, ihre marxistisch-leninistische Reife, und wir dürfen keineswegs falsche Schlußfolgerungen ziehen und sagen, irgendjemand sei imstande, die anderen zu schulmeistern und ihnen fertige Rezepte vorzuschreiben, damit sie es so oder so machen. **Das ist keineswegs marxistisch-leninistisch.**

Die Genossen kennen die Lage im eigenen Land viel besser. Sie kennen die Lage und die Mentalität des eigenen Volkes besser. Aufgrund dieser Kenntnis und geleitet von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus sind sie imstande, die Partei zu erziehen und zu mobilisieren, sie in den Kampf zu führen und weiter vorwärtszuschreiten. Diese Frage hängt mit dem Verständnis der marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer Anwendung der konkreten Lage des Landes entsprechend zusammen. Mancher mag sagen, ihr könnt Fehler machen, doch welche Partei, ob groß oder klein, alt oder jung, hat bei ihrer Arbeit nicht auch Mängel gehabt und Fehler gemacht? Wichtig ist, die Fehler nicht zu verbergen, sondern sie zu erkennen, sie dem Marxismus-Leninismus entsprechend zu analysieren und zu korrigieren. Das ist die marxistische Dialektik. Wir lernen daher aus dem Kampf und aus den Fehlern. Wenn ein Volk oder eine Partei nicht kämpft, haben dieses Volk und diese Partei keine Geschichte. Ohne Kampf gibt es keine Geschichte.

Wie Ihr wißt, stehen uns viele Feinde gegenüber, der Imperialismus, mit dem amerikanischen an der Spitze, und die modernen Revisionisten, mit den sowjetischen an der Spitze, die sehr schlau sind und über eine große Erfahrung verfügen. Doch trotz aller Schlauheit und aller Mittel, über die unsere Feinde verfügen mögen, haben sie nicht unsere Kraft, denn unsere Kraft liegt in der marxistisch-leninistischen Ideologie, in unserer Siegeszuversicht, im Vertrauen auf das Volk. Das Volk ist mit uns, denn mit uns ist die Zukunft, die Wahrheit. Doch für diese Zukunft müssen wir das Volk zu erziehen, zu organisieren und zu begeistern verstehen. So werden wir bestimmt über die Feinde siegen.



Genosse Pedro Pomar und Genosse Enver Hoxha während eines Besuchs in Albanien

Jetzt, da China die Große Proletarische Kulturrevolution durchführt, müssen wir es unterstützen, denn diese Revolution ist nicht nur für China, sondern für die gesamte Weltrevolution von großer Bedeutung. Diese Revolution ist eine der Formen, die die Kommunistische Partei Chinas und Genosse Mao Tsetung fanden, um die revisionistische Liu Schao-tschi-Gruppe zu zerschlagen, der es gelungen war, ihre Linie in die Partei einzuschleusen und damit der Partei und dem sozialistischen Staat Schaden zuzufügen.

Wie Ihr wißt, haben die Sowjetrevisionisten einen scharfen Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Revolution überhaupt gestartet, weil ihre Stellungen immer schwächer werden, während unsere Positionen sich verstärken. Das sagen wir nicht nur so dahin, sondern indem wir aufgrund der konkreten Situation urteilen. Die Sowjetrevisionisten sind die schamlosesten Alliierten des USA-Imperialismus geworden. Doch wieso ist es dazu gekommen? Weil sie auf den Positionen des Verrates sind und nicht anders können. Warum sind wir stärker? Weil es die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt waren, die den Sowjetrevisionisten keine Gelegenheit ließen, sich zu tarnen, die sie in die Enge trieben und offen als eine Agentur der Bourgeoisie anprangerten, was die Kommunisten und die werktätigen Massen in aller Welt täglich deutlicher sehen. Durch ihre Entlarvung wurden auch die Revisionisten aller einst volksdemokratischen Länder entlarvt. Die Widersprüche zwischen den Sowjetrevisionisten und den Revisionisten der einst volksdemokratischen Länder Europas vertieften sich.

So also stellt sich die Lage im allgemeinen dar.

Doch trotz der Erfolge, die die Marxisten-Leninisten errungen haben, bleibt uns noch viel zu tun. Unsere Hilfe, von der Sie, Genosse Pomar, sprachen, ist eine bescheidene Hilfe. Doch wir Marxisten-Leninisten werden uns gegenseitig mit allen Kräften unterstützen. Wir hegen große Bewunderung für die Kommunistische Partei Brasiliens, für das Zentralkomitee Eurer Partei und für Genossen Amazonas. Daß Eure Partei korrekte revolutionäre Positionen hat, ist für die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung und die Revolution in Lateinamerika sehr wichtig. Wir haben Verbindungen zu den anderen marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas und sind sicher, daß die Marxisten-Leninisten trotz aller Schwierigkeiten, auf die sie stoßen, diese durch ihren Kampf überwinden werden. Wichtig ist, daß es den marxistisch-leninistischen Parteien von Chile, Kolumbien, Bolivien usw. gelingt, in ihren Ländern die Situation in die Hand zu nehmen."

Die revolutionären Völker betrachten Albanien als Bastion, als Bollwerk ihres Befreiungskampfes, als Vorhut des Marxismus-Leninismus

Genosse Pedro Pomar: „Ich danke Ihnen sehr für alles, was Sie gesagt haben, Genosse Enver. Ich bin über Ihre sehr warmen und herzlichen Worte und über die Möglichkeit, die Sie mir erneut gaben, Sie persönlich zu hören, sehr bewegt. Sie haben uns heute ein allgemeines Bild der Lage in Albanien geschildert. Ich war vor vier Jahren in Ihrem Land. In dieser Zeit habt Ihr schwierige Situationen durchgemacht. Damit will ich nicht sagen daß Ihr jetzt keine Schwierigkeiten mehr habt. Seit damals habt Ihr aber sichtliche Fortschritte gemacht. Die Erfolge, die Ihr errungen habt, sind außerordentlich groß. Die Ergebnisse, die Ihr im politischen und ideologischen Bereich erzielt habt, können die kapitalistischen Länder der Welt nicht in Jahrhunderten erreichen. Viele kapitalistische Länder sind vielleicht wirtschaftlich weiter entwickelt. Das ist aber nicht die Hauptsache. Denn die Völker jener Länder sind ausgebeutet und unterdrückt, und die Entwicklung der Wirtschaft selbst liegt nicht in Händen des Volkes, sondern in denen der Bourgeoisie.

In Eurem Land dagegen ist der politische und moralische Zustand des Volkes außerordentlich begeisternd. **Kein Zweifel, daß all diese Erfolge auf die korrekte Führung Eurer Partei, auf den Marxismus-Leninismus, auf die Treue, mit der sie am Marxismus-Leninismus festhält und die große Einheit des Volkes mit der Partei zurückzuführen sind.** All das ist für uns unbestreitbar ein großer Ansporn, um unseren Kampf weiter voranzuführen. Wir werden daher noch stärker gegen unsere Feinde kämpfen, die gleichzeitig die

Fortsetzung auf Seite 11

Aus aller Welt

NORWEGEN

Durch einen Bombenanschlag ist am 13. 3. die „Oktober-Buchhandlung" in der norwegischen Stadt Tromsö zerstört worden. Wie „Klassekampen", das Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/ML, berichtet, geht der Anschlag auf das Konto der faschistischen Banden der „Norsk Front". Die faschistischen Gruppen, die von der Bourgeoisie unterstützt werden, haben ihre Aktivitäten gegen die Revolutionäre, vor allem die KAP/ML, seit einiger Zeit erheblich verstärkt. Es ist nur einem Zufall zu verdanken, daß bei diesem Anschlag niemand ums Leben gekommen oder schwer verletzt worden ist, weil der Laden gerade menschenleer war. Nach dem Anschlag hat die Polizei von Tromsö, anstatt die faschistischen Bombenleger zu verfolgen, die Mitarbeiter des Buchladens verhört und einige von ihnen sogar festgenommen, als sie an der Hauswand des Ladens ein Plakat mit der Forderung nach einem Verbot der „Norsk Front" anbrachten. Gemeinsam mit verschiedenen antifaschistischen Komitees hat die Partei in den Tagen nach dem Anschlag in Tromsö, Oslo und einigen anderen Städten Kampfdemonstrationen gegen den Naziterror durchgeführt. Unser Bild zeigt den von der Explosion zerstörten Buchladen.



SCHWEDEN

In Schweden hat vor kurzem der 3. Kongreß der „Roten Jugend", der Jugendorganisation der KP Schwedens, stattgefunden. Auf dem Kongreß erklärten die Delegierten ihre Treue zum Marxismus-Leninismus. „Der große Dienst, den die „Rote Jugend" der Partei leisten muß", heißt es in einer der vom Kongreß verabschiedeten Resolutionen, „ist die Erziehung der Jugendlichen zu ergebenen Kommunisten, fähig, während ihres ganzen Lebens aktiv zu sein." Die „Rote Jugend" bekräftigte die führende Rolle der Partei und ihre Entschlossenheit, die Jugend für den Kampf für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu gewinnen.

SAN SALVADOR

Die breiten werktätigen Massen von San Salvador in Mittelamerika haben sich zu machtvollen Streiks und Demonstrationen gegen die kapitalistische Gewalt und Ausbeutung erhoben. Ihre Forderungen sprengen den wirtschaftlichen Rahmen. Über 6.000 Einwohner San Salvadors gingen Anfang März auf die Straße und riefen zahlreiche Losungen gegen das US-freundliche Regime des Landes. Gegen die Demonstranten wurden Hunderte von Soldaten und Polizisten eingesetzt, die auch zu den Schußwaffen griffen. Die reaktionäre Polizei tötete fünf Demonstranten und verwundete 78 weitere. Im Lande wurde die Ausgangssperre verhängt.

JAPAN

24.000 Arbeiter führten am 6. März in Tokio eine machtvolle Demonstration durch, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeits- und Lebensbedingungen Nachdruck zu verleihen.

AZANIA

Das rassistische Vorster-Regime hat erneut einen Bürger Azanias ermordet. Er starb an den im Gefängnis erlittenen Foltern. Sein Begräbnis in Soweto wurde zu einer machtvollen Demonstration gegen das rassistische Regime. Zwischen den Demonstranten und der rassistischen Polizei kam es dabei zu schweren Kämpfen, die vier Stunden lang andauerten und bei denen die Polizei auch Schußwaffen einsetzte.

ÄGYPTEN

Vom 7. bis 9. März hat in Kairo die arabisch-afrikanische Gipfelkonferenz stattgefunden, an der 60 Staatsoberhäupter oder Vertreter dieser Länder teilgenommen haben. In letzter Zeit haben die imperialistischen Großmächte unter Ausnutzung der schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage der afrikanischen und arabischen Völker und Länder ihre Bemühungen verstärkt, ihre Expansionspolitik durchzusetzen. Dazu versuchen der USA-Imperialismus, der sowjetische Sozialimperialismus und andere imperialistische Mächte durch Intrigen, Schmeicheleien und durch die sogenannte „Hilfe", die arabischen und afrikanischen Völker zu spalten. Unter diesen Bedingungen hat die Frage der verstärkten Einheit und Zusammenarbeit eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entkolonialisierung, für die Herstellung der vollständigen Souveränität über die materiellen Ressourcen, gegen die Bemühungen der neokolonialistischen Kräfte, die Plünderung ihrer Reichtümer fortzusetzen. Die Einheit und Zusammenarbeit unter den afrikanischen und arabischen Ländern ist ein Schlag für die beiden imperialistischen Supermächte, die wildesten Feinde der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker der verschiedenen Länder.

PALÄSTINA

In Ramallah, Nablus und anderen Städten auf dem Westufer des Jordan haben erneut Tausende von Menschen gegen die zionistischen Besatzer demonstriert. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die palästinensischen Partisanen eine Reihe von Aktionen gegen die Zionisten durchgeführt haben. So sprengten sie unter anderem im Osten von Tel Aviv ein Militärfahrzeug in die Luft. Die Demonstrationen und Aktionen beweisen die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes, seinen Kampf bis zum Sieg fortzusetzen.

ISRAEL

Bei seinem Besuch in den USA hatte der Chef des israelischen Zionistenregimes, Yitzhak Rabin, Treffen mit dem Chef des USA-Imperialismus, Carter und mit anderen hohen Beamten Washingtons. Wie gemeldet, hat Washington für die israelischen Zionisten außer der Wirtschaftshilfe rund 1,5 Mrd. Dollar als Militärhilfe bestimmt. Neben der Wirtschafts- und Militärhilfe, die das israelische Zionistenregime regelmäßig von den USA-Imperialisten erhält, erfreut es sich auch der Hilfe der sowjetischen Sozialimperialisten, die es mit Menschenpotential versorgen. All dies ist eine Ermunterung für Tel Aviv, seine Aggressionspolitik gegenüber den arabischen Ländern fortzusetzen.

VANGUARDIA OBRERA — SEMANAL | Bandeira Vermelha — ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUES (RECONSTRUIDO)

Spanien | Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien | Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI! — nuova unità — ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Internationalistische Großveranstaltung in Athen

Kampf gegen Imperialismus und Faschismus

Organisiert von der KP Griechenlands/ML hat in Athen am 14. März eine internationalistische Großveranstaltung zum Kampf gegen den Imperialismus und Faschismus stattgefunden. Die Veranstaltung, zu der vier- bis fünftausend Menschen gekommen waren, verlief in einer begeisternden kämpferischen, revolutionären Atmosphäre und war vom Geist des proletarischen Internationalismus getragen.

Auf Einladung der KP Griechenlands/ML sprachen auf der Veranstaltung auch Vertreter der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, der KP Italiens/ML, der KP Portugals (Wiederaufgebaut), der KP Spaniens/ML und ein Vertreter unserer Partei. Als erster Redner ergriff ein Genosse der KPG/ML das Wort. Immer wieder von Sprechchören unterbrochen, ging er in seiner Rede hauptsächlich auf die Lage in Griechenland und den Kampf der KPG/ML ein.

Am 21. April 1967 putschten in Griechenland die faschistischen Generäle und errichteten ein Regime des Terrors und der blutigen Unterdrückung des Volkes. Die faschistischen Generäle Pattakos, Papadopoulos und andere handelten im Auftrag des amerikanischen Imperialismus und seiner westeuropäischen Verbündeten und unterstützt und angespornt von der reaktionären Großbourgeoisie. Die amerikanischen Imperialisten, die das griechische Volk ausbeuten und ausplündern, die im Land zahlreiche Militärstützpunkte errichtet haben, um das Volk niederzuhalten und Griechenland als eine strategische Basis in ihrer Rivalität mit dem sowjetischen Sozialimperialismus auf dem Balkan und im Mittelmeerraum besetzt halten, ließen die Generäle putschen, weil sie den Kampf der Volksmassen fürchteten. Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und den Kampf der Völker zu unterdrücken, sind die amerikanischen Imperialisten zu jedem Verbrechen bereit.

Der faschistische Putsch in Griechenland war zugleich ein Beweis für den vollständigen Verrat der modernen Revisionisten an den grundlegenden Interessen des griechischen Volkes. Jahrelang hatten diese Verräter am Marxismus-Leninismus dem griechischen Volk den „friedlichen Weg" zu seiner Befreiung gepredigt, hatten sie Illusionen über den amerikanischen Imperialismus verbreitet, als ob diese Bestie plötzlich ihren aggressiven und reaktionären Charakter geändert hätte. Noch am Tag des Putsches selbst erschien das Zentralorgan der revisionistischen Partei mit der Schlagzeile: „Warum in Griechenland kein Faschismus errichtet werden kann."

Aber trotz der brutalen Unterdrückung, trotz des revisionistischen Verrats hat sich das griechische Volk nie mit der faschistischen Diktatur abgefunden. Es kämpfte und vergoß sein Blut. Im November 1973 erhoben sich Zehntausende von Arbeitern und Studenten der Technischen Hochschule in Athen gegen die faschistische Diktatur. Heldenmütig kämpften sie gegen die Panzer, gegen die Sturmtruppen der Armee und der Polizei. Über achzig von ihnen wurden in diesen Tagen von den Faschisten ermordet.

Die Kämpfe der griechischen Arbeiter und Studenten im November 1973 standen in der Tradition des Kampfes des griechischen Volkes gegen die deutschen und italienischen faschistischen Besatzer in den 40er Jahren. Damals erhob sich das griechische Volk mit der Waffe in der Hand gegen die italienischen und deutschen Truppen, gegen die reaktionären Kräfte in Griechenland, die mit den Faschisten zusammenarbeiteten. Das griechische Volk kämpfte für seine Befreiung von jeder Fremdherrschaft, für den Sturz der Reaktion und die Errichtung der Volksherrschaft.

Aber damals gelang es den Verrätern, das griechische Volk den britischen und amerikanischen Imperialisten auszuliefern, die sie dem Volk als Freunde im Kampf gegen den deutschen Imperialismus präsentierten. So gelang es den amerikanischen Imperialisten und der griechischen Reaktion mit brutaler Gewalt und unvorstellbarem Terror, trotz des heldenmütigen Kampfes des Volkes in den Jahren 1946 bis 1949, den Befreiungskampf im Blut zu ersticken.

Heute ist die faschistische Militärdiktatur gestürzt, aber nach wie vor herrscht in Griechenland der Imperialismus, besonders der USA-Imperialismus. Das griechische Volk hat nicht dafür gekämpft, daß die Generäle durch die reaktionäre Regierung Karamanlis oder irgendeine andere bürgerliche Regierung ersetzt wurde. Das griechische Volk hat nicht für Pseudoveränderungen gekämpft, sondern für die Zerschlagung des ganzen Systems der fremden imperialistischen Abhängigkeit, für den Sturz der Herrschaft der aus- und inländischen Monopole, für die Herstellung der völligen nationalen Unabhängigkeit und der wahren Demokratie. Trotz der Wiederherstellung einiger demokratischer Freiheiten und Rechte ist in Griechenland die Herrschaft des Imperialismus nicht angetastet worden. Nach wie vor beuten die ausländischen Monopole das griechische Volk aus. Nach wie vor halten die amerikanischen Imperialisten das Land besetzt, bleibt es Mitglied des aggressiven NATO-Pakts. Nach wie vor herrscht im Land die Großbourgeoisie, existiert die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Der Hauptfeind des griechischen Volkes im Kampf für seine nationale Befreiung, für die antiimperialistische demokratische Volksrevolution ist und bleibt der amerikanische Imperialismus und dessen Stütze, die griechische reaktionäre Oligarchie.

Das griechische Volk kämpft aber gleichzeitig auch gegen die anderen, westeuropäischen imperialistischen Mächte, die das Volk ausbeuten und ausplündern. Die westeuropäischen Imperialisten und vor allem die westdeutschen Imperialisten versuchen gerade jetzt, ihren Einfluß in Griechenland zu verstärken und das Land in die reaktionäre, volksfeindliche EWG einzugliedern. Das griechische Volk kämpft für die Volksrevolution, für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, der, wenn sich auch die Form geändert hat, der gleiche ist, wie er es zur Zeit der faschistischen Diktatur war. Der Apparat der Junta ist fast völlig intakt und die faschistischen Verbrecher und Mörder werden von der Regierung und den Behörden gedeckt. So ist gerade eben erst einer der Mörder vom November 1973 von einem Athener Gericht freigesprochen worden. Es ist Verrat, wenn die modernen Revisionisten heute behaupten, Griechenland sei auf dem Weg der „Demokratie". Damit wollen sie das Volk entwaffnen und bereiten einer erneuten faschistischen Diktatur, zu der die Imperialisten und die Reaktion unweigerlich greifen werden, wenn der Kampf des Volkes für seine Befreiung ihre Herrschaft bedroht, den Weg.

Genauso verräterisch ist aber die Arbeit der sozialchauvinistischen Opportunisten, die unter der Flagge des Kampfes gegen den Sozialimperialismus segeln. Ihnen zufolge ist diese Supermacht heute der Hauptfeind des griechischen Volkes und sie rufen die breiten werktätigen Massen dazu auf, sich im Kampf gegen diese Supermacht mit Tod und Teufel, mit dem amerikanischen Imperialismus und der NATO, mit den westeuropäischen Imperialisten und der EWG, mit der griechischen Reaktion zu verbünden und sich auf sie zu stützen. Deswegen bekämpft die KP Griechenlands/ML diese Opportunisten entschieden, die es darauf abgesehen haben, den Klassenkampf auszulöschen und das Volk zur Kapitulation vor dem Imperialismus aufrufen.

Um sich zu befreien, kann das griechische Volk nur einen Weg gehen, den der Revolution, um die Volksherrschaft zu errichten. Niemand anders kann diesen Kampf leiten, als die Arbeiterklasse durch ihre marxistisch-leninistische Vorhutpartei, die KP Griechenlands/ML.

Die Veranstaltung in Athen war ein erneuter Beweis dafür, daß die marxistisch-leninistischen Parteien ihre Einheit und ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiterentwickeln und vertiefen.

Wichtiger Artikel aus „Zeri i Popullit",

Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens

„Die sozialistische Revolution — der einzige Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt", gesendet in Radio Tirana, abgedruckt im aktuellen Nachrichtenbulletin „Radio Tirana" Nr. 6.



Abonnieren Sie „Radio Tirana"

Erscheinungsweise 14tägig. **Auswahl der wichtigsten ausgestrahlten deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana, des einzigen sozialistischen Senders in Europa: • Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien; • Albaniens Ansichten in internationalen Fragen; • Theoretische Artikel; • Wichtige Erklärungen und Dokumente.**

Im Jahresabonnement 26 DM, Halbjahresabonnement 13 DM, Einzelheft 1 DM. Inhaltsverzeichnisse 1975 und 1976, 1. und 2. Halbjahr: 1 DM, für Abonnenten kostenlos. — Zu bestellen bei: **Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 2300 Kiel 1, Telefon: 0431 / 6 19 06.**

Gespräch zwischen Enver Hoxha und Pedro Pomar

Fortsetzung von Seite 9

Feinde der albanischen Partei und des albanisehen Volkes sind. Die weitere Revolutionierung des Landes, die das albanische Volk unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens vornimmt, ist von großer internationaler Bedeutung. Ich kann sogar sagen, daß sie sich auch auf unser Land auswirkt. Vor einigen Jahren noch hatte unser Volk keine Ahnung von Albanien. Heute weiß es darüber Bescheid, es interessiert sich ständig für Albanien, es erfährt von den Erfolgen des albanischen Volkes und freut sich über sie. Das Volk weiß, daß die Revolution in Albanien ununterbrochen und mit sicheren Schritten weitergeführt wird. In diesem Jahr müssen sogar einige bürgerliche Zeitungen über Albanien berichten. Sie müssen Nachrichten und Artikel bringen und über die mutige und selbständige Haltung der albanischen Genossen sprechen. Die Tatsachen sind es, die Albanien in der ganzen Welt bekanntmachen. Wir meinen, daß Albanien erfolgreich voranschreitet.

Wir stimmen vollkommen in den Fragen überein, die Sie auf dem 5. Parteitag vorgetragen haben. Es ist keineswegs ein Zufall, daß alle Marxisten-Leninisten Albanien achten und besuchen. **Die revolutionären Völker betrachten Albanien als Bastion, als Bollwerk ihres Befreiungskampfes, als Vorhut des Marxismus-Leninismus.** Die Botschaft des Genossen Mao Tsetung an den 5. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens, in der es heißt, Albanien ist ein großes Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, muß von allen begrüßt werden. Wir möchten bei dieser Gelegenheit betonen, daß Eure Hilfe für uns außerordentlich groß war. Wir sind Euch dafür äußerst dankbar und werden alles Mögliche tun, um auch unseren Beitrag zu leisten.

In der bürgerlichen Propaganda wird gegenwärtig viel gesprochen, daß Lateinamerika ein einziges Land sei. In Wirklichkeit aber sind unsere Staaten stark getrennt voneinander, nicht nur durch die jeweiligen Interessen der kapitalistischen Staaten, sondern auch durch die nationalen Interessen selbst. Die Sache der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas jedoch ist eine gemeinsame Sache, besonders im Kampf gegen den USA-Imperialismus und den Revisionismus. Jetzt ist eine Situation entstanden, die die Koordinierung der Kräfte erfordert. Wir müssen diese Situation gut erkennen, weil die Schwierigkeiten, die die marxistisch-leninistische Bewegung in Lateinamerika durchmacht, groß sind, da außer dem USA-Imperialismus, der Bourgeoisie und der gesamten Reaktion auch die Revisionisten gegen uns kämpfen. In den letzten Jahren erhielt die antiimperialistische und demokratische Bewegung in Lateinamerika schwere Schläge. Unter diesen Bedingungen müssen wir auch den Anschlägen des USA-Imperialismus und der Revisionisten, der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit und der einheimischen Reaktion die Stirn bieten. All das schafft eine schwierige Lage für uns.

Nach dem Staatsstreich von 1964 haben die amerikanischen Imperialisten alle Schlüsselstellungen in Brasilien besetzt. In Brasilien hat eine Regierung die Macht ergriffen, die dem US-Imperialismus vollkommen hörig ist. Zwar war bis dahin ebenfalls eine Regierung der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer an der Macht, sie verteidigte aber immerhin einige nationale Interessen. Jetzt dagegen steht die Frage ganz anders. Das Volk versteht, daß in Brasilien eine neue, schwere Situation entstanden ist. Doch die bürgerlichen und revisionistischen Parteien trachten nach wie vor danach, im Volk Illusionen zu schaffen, indem sie sagen, die Marxisten-Leninisten übertreiben, wenn sie den Imperialismus des Neokolonialismus bezichtigen, denn eine solche Gefahr besteht nicht usw. usf. Wir müssen mit diesen Problemen fertigwerden, weil sie unter den Massen Illusionen erwecken, das Volk hinters Licht führen und ihm keine Möglichkeit geben, die durch den Machtantritt dieser proamerikanischen reaktionären Regierung entstandene schwere Lage richtig und rasch zu verstehen. Deswegen steht vor uns die große Aufgabe, das Volk aufzuklären, ihm die Augen zu öffnen und es zum bewaffneten Kampf für die nationale Freiheit zu mobilisieren.

Die in Brasilien entstehende neue Situation haben auch die Vertreter der Bourgeoisie nicht begriffen. So hat Brisda, der Schwager des ehemaligen Präsidenten Brasiliens, Goulart, obwohl er hohes Ansehen genoß, zur Zeit des Staatsstreiches nicht Stellung genommen, sondern das Land verlassen, angeblich, um wieder zurückzukehren. In Wirklichkeit hat er die in Brasilien eingetretene Situation nicht verstanden. Die Amerikaner sahen, daß diese Politiker der nationalistischen Bourgeoisie ihnen nicht mehr nützlich waren. Deshalb ließen sie sie fallen und hoben an ihrer Stelle die in den Sattel, die sie seit Jahren als Offiziere in den USA ausgebildet hatten. Das zeigt, daß sie die faschistische Diktatur in Brasilien mit dem Schwert aufrechterhalten wollen, um sie als sichere Stütze zu haben und zur Durchsetzung ihrer neokolonialistischen Pläne in anderen Ländern einzusetzen. Praktisch hat Brasilien mit seinen Truppen an der militärischen Besetzung von Santo Domingo teilgenommen. Das ist das erste Mal, daß Truppen unseres Landes zum Krieg in anderen Ländern eingesetzt werden. Wir haben diese Vorgänge angeprangert und bemühen uns darum, die Massen zu überzeugen, daß gegen den US-Imperialismus gekämpft werden muß.

Wir entlarven die verräterische Rolle der Sowjetrevisionisten, weil sie die reaktionäre Regierung an der Macht anerkannt und darüber hinaus mit ihr etliche Handelsabkommen abgeschlossen haben. Was die Revisionisten in Brasilien betrifft, steht es für sie schlimmer als zuvor. Sie haben eine große Niederlage erlitten. Vor dem Staatsstreich von 1964 war die Situation für sie günstig, weil die bürgerliche Regierung Goulart die Politik der Revisionisten unterstützte. Das Leben hat aber bewiesen, daß diese für die Bourgeoisie annehmbare Politik völlig falsch war.

Nach dem Staatsstreich konnten wir unsere Stellungen mehr festigen, da wir dem Volk zeigten, daß nur der Marxismus-Leninismus seine Interessen verteidigt. Unsere Partei gewann großen Einfluß. Die Revisionisten dagegen tun nichts anderes als sich in Illusionen zu wiegen. Sie behaupten, die Demokratie würde auch ohne bewaffneten Kampf wiederkehren. Deswegen ist auch ihre politische Aktivität sehr minimal. Sie sind heute in einige Gruppen gespalten. Eine davon ist auf dem Weg, sich uns anzunähern, da sie für den bewaffneten Kampf ist. Gleichzeitig aber nimmt sie eine zentristische und opportunistische Haltung ein. Eine weitere ist eine abenteuerliche und liquidatorische Gruppe der Partei. Dann ist noch die Prestes-Gruppe da, die sehr geschwächt ist und sich dadurch auszeichnet, daß sie sich voll und ganz in den Dienst der Bourgeoisie gestellt hat. Die Position der reaktionären Clique in Brasilien wankt heute und ist unsicher. Die Souveränität des Landes ist den Amerikanern preisgegeben. Die Hauptkräfte des Landes, die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Kleinbourgeoisie wünschen den Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, da der Lebensstandard des Volkes elend ist. Alle Reichtümer, die Bergwerke und der Boden befinden sich in Händen der Amerikaner. Die Bauern haben kein Land und sind noch ärmer geworden. Der Arbeiterklasse, die sich zuvor einige Errungenschaften hatte erkämpfen können, hat das Diktaturregime alle diese Errungenschaften wieder entrissen. Die Arbeiterklasse verelendet jeden Tag mehr. Das Streben des Volkes nach Bildung und Kultur wurde zunichte gemacht. Es wurde ein kultureller Terror errichtet, die Lehrprogramme an den Universitäten werden den Interessen der Amerikaner angepaßt. usw. All das hat die Widersprüche vergrößert.

Praktisch, wenn gut gearbeitet wird, bestehen gute Aussichten für den bewaffneten Kampf. Wie Stalin gesagt hat, fällt heute den kommunistischen Parteien die Aufgabe zu, das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Freiheiten zu erheben und sich unter Ausnutzung aller entstandenen tiefen Widersprüche auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten.

Ohne marxistisch-leninistische Partei kann es keine Revolution und wirkliche Befreiung für das Volk geben

Genosse Enver Hoxha: „Ihre Darstellung, Genosse Pomar, hat unsere Kenntnis über die Situation in Lateinamerika und die in Brasilien im besonderen vervollständigt. Wir meinen, daß Eure Partei die Lage in Lateinamerika insgesamt und in Brasilien sehr richtig analysiert. Wir sind überzeugt, daß diese ernsthafte Analyse eine große Sicherheit für die korrekte Durchführung der Revolution darstellt. Die Revolution ist eine sehr ernste Angelegenheit, und wenn man sie einmal in Angriff genommen hat, muß man sie auch zu Ende führen. Die Marxisten-Leninisten können nicht wie die Bourgeoisie, die Anarchisten, die Putschisten handeln, denn bei der Revolution geht es um das Leben und die Zukunft des Volkes.

Aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse Eurer Partei werdet Ihr unter Berücksichtigung aller Minus- und Pluspunkte auch die Maßnahmen festzulegen verstehen, die nötig sind, um die Revolution durchzuführen. Wenn man die Situation richtig versteht, gibt einem das die Möglichkeit, auch die entsprechenden politischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, Bündnisse zu schaffen und diese unter dem Blickwinkel des Marxismus-Leninismus zu verstehen ohne kleinbürgerliche Illusionen aber auch ohne sektiererische Ansichten. Vor allem ist es wichtig, daß Ihr darum kämpft, die Partei zu festigen. Das ist für die Marxisten-Leninisten lebenswichtig. **Unserer Ansicht nach kann es ohne eine marxistisch-leninistische Partei keine Revolution und wirkliche Befreiung für das Volk geben.** Wir Albaner sagen, daß die Partei eine Partei leninistischen Typs sein muß. Das machen die Umstände erforderlich, weil die Kräfte des Feindes zahlreich und teuflisch sind und eine reaktionäre Erfahrung besitzen. Ihnen kann man nur mit einer auf festen marxistisch-leninistischen, politischen, ideologischen und organisatorischen Prinzipien aufgebauten Partei trotzen. Das Ziel nicht nur des Kapitalismus, sondern auch der modernen Revisionisten besteht eben darin, die marxistisch-leninistischen Parteien zu zersetzen und zu entarten, damit sie nicht imstande sind, den zahlreichen Feinden standzuhalten, und sie schließlich zu zerschlagen. Aus diesem Grund wie aus vielen anderen Gründen haben die Revisionisten sich gegen Stalin gewandt und ihn mit Schmutz beworfen, haben sie vielerlei Verleumdungen gegen ihn erhoben, die wir albanischen Kommunisten voll und ganz zurückweisen. Deswegen ist für Eure Partei, für unsere Partei, besonders für die jungen Parteien und für jede Partei, die entschlossen ist, die Revolution zu Ende zu führen, die Stählung der Partei von erstrangiger Bedeutung.

Wir stimmen völlig mit der Ansicht Eurer Partei über den Verlauf der Ereignisse und mit ihrer Analyse überein. Mancher, der die Lage und die Bündnisse nicht richtig einschätzt, mag sagen, weshalb gehen die Genossen dieser oder jener Partei so langsam voran? Das sage ich, weil uns das passiert ist. Wenn man aber die Situation objektiv betrachtet und die nötigen Maßnahmen trifft, um das festgelegte Ziel zu erreichen, wird alles zu seiner Zeit kommen. Natürlich muß die Revolution, wenn sie begonnen ist, unbedingt zu Ende geführt werden. Wer aber die Entwicklung der Ereignisse künstlich beschleunigen will, der hat keine richtige marxistisch-leninistische Auffassung, denn die Revolution wird nicht an einem Tag organisiert und vollbracht, sie ist keine Hochzeit, sondern ein großer Volkskrieg, und im Krieg greifen die Feinde mit äußerster Wut an.

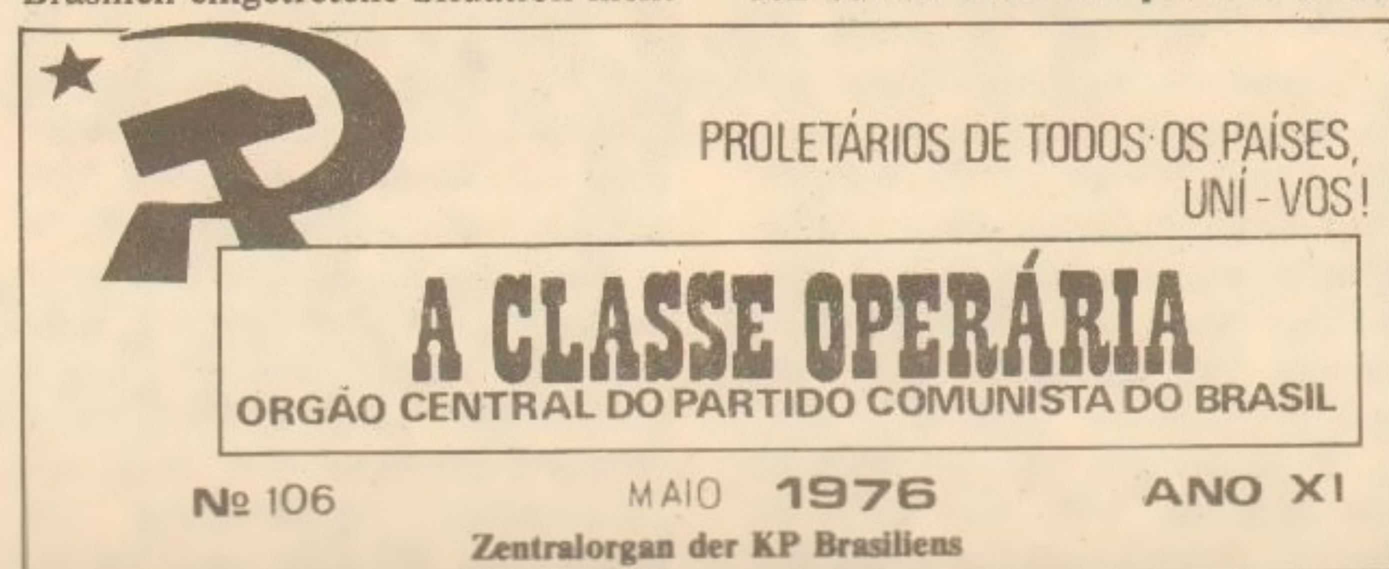
Den Kampf aber scheuen die Marxisten-Leninisten nicht, wenn sie auch zeitweilig Niederlagen erleiden mögen. Sie werden im Gegenteil im Kampf und in der Revolution stärker und unbezwingbarer. Die Linie Eurer Partei ist daher korrekt. Der richtige Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, wie der Eurer Partei, ist unserer Meinung nach von großer Bedeutung, um dort ein richtiges Verständnis von der Revolution zu schaffen. Wenn ich mich nicht irre, hat Lateinamerika putschistische Traditionen. Mit dieser Tradition muß gebrochen werden, weil darauf alle Abenteurer und Anarchisten bauen, die sich als marxistisch-leninistische Revolutionäre ausgeben. Wenn die marxistisch-leninistischen Parteien diese Frage nicht klarstellen, meinen wir, daß die Anarchisten, die mit ultramarxistischen Losungen auftreten, der Sache der Revolution großen Schaden zufügen werden, denn es gibt Menschen, die die Revolution mit Putsch gleichsetzen, die sich zu Abenteuern hinreißen lassen und dazu aufrufen, zu den Waffen zu greifen, während die Bedingungen noch nicht reif sind. Eure Partei, die eine korrekte marxistisch-leninistische Linie hat, erzieht die Menschen dazu, zu begreifen, was die Revolution ist, wer sich an ihr beteiligen muß und wer an ihrer Spitze zu stehen hat.

Eine neue marxistisch-leninistische Partei darf nicht davor zurückschrecken, daß sie anfangs nicht die erforderliche Kraft und das notwendige Ansehen besitzt. Im Gegenteil. Sie muß überlegen, wie sie ihre Arbeit verstärken kann, und sich gleichzeitig Verbündete verschaffen. Sie mag schwach und noch nicht sehr organisiert sein, sie mag noch keinen Einfluß unter den Massen haben. Das darf sie aber nicht dazu führen, sektiererisch zu werden und sich vor Kontakten mit denen zu scheuen, die sie aufklären, für sich gewinnen und in den Kampf führen kann. Gleichzeitig darf die Partei ihre Eigenständigkeit nicht aufgeben, nicht an jeder beliebigen Front teilnehmen und sich nicht zerschlagen lassen. Sie muß im Gegenteil ihre Unabhängigkeit wahren, an ihren Prinzipien und Normen festhalten. Die Vorhutrolle in der Revolution muß sie unbedingt durch ihren korrekten Kampf und ihre richtige Politik erringen. **Damit die Revolution von Erfolg gekrönt wird, muß die marxistisch-leninistische Partei an ihrer Spitze stehen.** Doch die Hegemonie erhält man nicht geschenkt, man muß sie erkämpfen. Unsere Ansicht ist, daß die marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, wie Eure Partei, die Parteien Chiles, Boliviens, Kolumbiens und andere sehr wichtige Faktoren für die Revolution sind."

Genosse Enver Hoxha sprach dann über den Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien gegen Imperialismus und modernen Revisionismus und sagte abschließend:

„Das war insgesamt das, was ich sagen wollte, Genosse Pomar. Unsere Ansicht ist, daß der revolutionäre Kampf voranschreitet, und daß wir Erfolge haben. Alle haben wir Erfolge. Der Kampf, die Erpressungen, Intrigen und Blockaden, wozu die Imperialisten und Revisionisten nach wie vor greifen, erschrecken die Revolutionäre nicht. Mit uns ist das Recht. Mit uns sind die Völker. Unsere Sache wird bestimmt siegen. **Was die Verbindungen und Beziehungen zwischen unseren Parteien betrifft, so versichere ich Ihnen noch einmal, daß die Partei der Arbeit Albaniens stets an der Seite der marxistisch-leninistischen Parteien und Kräfte stehen wird, daß sie sie stets in ihrem gerechten Kampf unterstützen und ihnen beistehen wird, daß sie konsequent und unbeugsam und Schulter an Schulter mit ihnen für die große Sache des Marxismus-Leninismus, der Revolution und des Sozialismus kämpfen wird. Überbringen Sie den Genossen der Kommunistischen Partei Brasiliens unsere flammenden Grüße! Möget Ihr in Eurem Kampf stets Erfolg haben!"**

(*aus „Rruga e Partise", Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Nr. 2/1977. Zwischenüberschriften und Hervorhebungen von uns* — RM)



Zentralorgan der KP Brasiliens

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Türkische Kinder in Westberlin

Analphabeten in zwei Sprachen

Analphabeten in der Bundesrepublik? Aber wir leben doch in einem entwickelten, hochindustrialisierten Land. Und doch gibt es sie. Es sind die Kinder der ausländischen Arbeiter, die vom kapitalistischen Staat bewußt und systematisch zu Analphabeten „erzogen" werden.

Typisch in vieler Hinsicht ist die Lage der türkischen Arbeiterkinder in den Westberliner Bezirken Kreuzberg und Wedding. Wie überall in der Bundesrepublik müssen die türkischen Kinder hier vom Tag ihrer Einschulung an an einem Unterricht teilnehmen, von dem sie, wenn überhaupt etwas, nur einige Wortfetzen mitbekommen. Die Unterrichtssprache ist deutch und es unterrichten deutsche Lehrer, die natürlich in 99% der Fälle kein Wort türkisch können. Unter solchen Bedingungen ist es für die türkischen Kinder fast unmöglich, Lesen und Schreiben zu lernen. Sie bleiben Analphabeten, die vielleicht gerade ihren Namen schreiben können, die in der deutschen Sprache nicht systematisch unterrichtet werden, sondern sie sich mühsam auf dem Spielplatz und im Umgang mit deutschen Kindern aneignen müssen.

Andererseits haben diese Kinder auch keine Möglichkeit, in ihrer Muttersprache Lesen und Schreiben zu lernen. Einen Unterricht in türkischer Sprache gibt es nicht. Dazu kommt, daß die türkischen Kinder in den allermeisten Fällen auch keine Unterstützung von ihren Eltern bekommen können, weil diese selbst oft nicht Lesen und Schreiben können. Die Unterdrückung der Ausbildung in der Muttersprache, die bewußte und systematische Erziehung der türkischen Kinder zu Analphabeten in türkischer und deutscher Sprache ist Teil der allgemeinen politischen und kulturellen Unterdrückung der ausländischen Arbeiter durch die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat. Durch die reaktionären Ausländergesetze sind sie praktisch rechtlos und von ständiger Abschiebung bedroht. Die meisten von ihnen leben in elenden Löchern und müssen dafür den Hausbesitzern und Wohnungsspekulanten auch eine Wuchermiete zahlen. In den Betrieben müssen die ausländischen Kollegen die schwersten, unangenehmsten und gefährlichsten Arbeiten machen und erhalten dafür die niedrigsten Löhne.

Für die Kapitalisten, für den bürgerlichen Staat sind die ausländischen Arbeiter lediglich „Menschen zweiter Klasse". Ihre besondere Unterdrückung dient ihrer besonderen Ausbeutung, dient der Spaltung der Arbeiterklasse, der gemeinsamen Kampffront der deutschen und ausländischen Arbeiter gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter, soll die deutschen und ausländischen Arbeiter in chauvinistischer und rassistischer Manier gegeneinander hetzen, damit sie sich nicht im Kampf gegen ihren gemeinsamen Feind zusammenschließen.

Zynisch versuchen die Behörden die „Erziehung" der Kinder zu Analphabeten mit dem Schlagwort von der „Integration" als eine humane Tat hinzustellen. Sie behaupten frech, da die ausländischen Kinder hier in der Bundesrepublik leben, sollen sie sich einleben können, sich integrieren, die Sitten und Gebräuche kennenlernen, Kontakt zu ihren deutschen Kameraden suchen usw. usf. In Wirklichkeit geht es den Kapitalisten und ihrem Staat nur darum, die besondere Unterdrückung und Ausbeutung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien, wie die Behandlung der türkischen Kinder in den Westberliner Schulen zeigt, zu zementieren und zu vertiefen.

Die Kapitalisten und der bürgerliche Staat können kein Interesse an einer völligen politischen, kulturellen und ökonomischen Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter mit ihren deutschen Kollegen haben, die allein es den ausländischen Arbeitern ermöglichen würde, sich hier zu „integrieren", ohne auf ihre nationalen Eigenarten, Sitten und Gebräuche verzichten zu müssen. Denn diese Gleichberechtigung würde zugleich die Kampfbedingungen, den Zusammenschluß der deutschen und ausländischen Arbeiter gegen die kapitalistischen Ausbeuter, die Bedingungen für den revolutionären Kampf zum Sturz der Ausbeuterordnung, bedeutend erleichtern. Der gemeinsame Kampf der deutschen und ausländischen Arbeiter für diese Ziele ist deshalb notwendig und berechtigt.

In Kreuzberg und Wedding haben die türkischen Eltern einen Anfang gemacht. Sie fordern die Ausbildung ihrer Kinder in türkischer Sprache mit Deutsch als erster Fremdsprache, die gleiche Stundenzahl für deutsche und türkische Kinder und kämpfen gegen die Zwangsintegration.

15 000 im Kampf gegen KKW Grohnde

Rund 15.000 Menschen haben am 19. März in Grohnde an der Weser gegen den Bau des Atomkraftwerkes demonstriert. Sie standen Tausenden von Polizisten gegenüber, die, wie auch in Brokdorf, aus verschiedenen Bundesländern zusammengezogen worden waren.

Auch in Grohnde war der Bauplatz in den Tagen vor der Demonstration von der Polizei zu einer Festung ausgebaut worden, um eine Besetzung zu verhindern. Die Demonstration begann morgens um neun Uhr in dem kleinen Ort Emmernthal. Zu diesem Zeitpunkt war es allerdings erst wenigen Demonstranten gelungen, bis zum Kundgebungsplatz vorzudringen. Die Polizei hatte auf den Zufahrtsstraßen Sperren errichtet, um eine machtvolle Demonstration von vornherein zu verhindern. Um ihrer Forderung nach Aufhebung der Sperren Nachdruck zu verleihen, besetzten die Demonstranten deshalb die Bahnlinie zwischen Hameln und Paderborn. Die Genossen der Partei, die sich an der Aktion beteiligten, hielten auf den Schienen eine Kundgebung ab.

Gegen 14 Uhr begann dann die Demonstration. Schon am Ortsausgang von Emmernthal stießen die Demonstranten auf die Polizei, die sich hier verschanzt hatte, um zu verhindern, daß der Zug den Bauplatz des Atomkraftwerkes erreicht. Durch ihren entschlossenen Kampf gelang es den Demonstranten aber, die Polizeisperren zu durchbrechen und die Polizei zum Rückzug zu zwingen, die daraufhin ihre Kräfte direkt am Bauplatz konzentrierte.

Mit unglaublicher Brutalität überfiel die Polizei den Demonstrationszug. Mit Tränengas, Wasserwerfern und dem Einsatz von Knüppelgarden versuchte sie die Demonstration zu zerschlagen. Trotzdem gelang es den Demonstranten zunächst, eine Lücke in den befestigten Bauzaun zu brechen, ehe sie vor der Übermacht der Polizei zurückweichen mußten. Die Polizei verhaftete über 80 Demonstranten und verletzte Dutzende von ihnen, einige davon schwer.

Hier, wie auch in Brokdorf, zeigte sic in aller Deutlichkeit, daß der bürgerlich Staat im Interesse einer Handvo kapitalistischer Monopole mit alle Mitteln den gerechten Kampf de Werktätigen zum Schutz ihrer Lebens interessen niederzuhalten und zu unter drücken versucht.

Am Sonntag, 20. März, versammelte sich in Hannover ca. 300 Menschen, ur die sofortige Freilassung der in Grohnd verhafteten Demonstranten zu fordern Inzwischen war auch bekannt geworden daß die bürgerliche Klassenjustiz gege zwei der Verhafteten wegen schwere Körperverletzung ermittelt. Zwei weiter sollen sogar wegen „versuchten Totschla ges" vor Gericht gezerrt werden.

Vor dem Polizeipräsidium in Hanno ver wurden die Demonstranten brutal vor der Polizei überfallen, die chemical mac und Gummiknüppel einsetzte, um die De monstration zu zerschlagen. Es gab meh rere Verletzte. Trotzdem gelang es den De monstranten, sich zurückzuziehen, sicl erneut zu sammeln und die Demonstra tion in der Innenstadt weiter fortzusetzen

Wyhl - Der Kampf geht weiter

Das Verwaltungsgericht Freiburg hat die Baugenehmigung für das Atomkraftwerk in Wyhl wieder aufgehoben. Begründung: Unzureichender Schutz des Reaktors vor einem möglichen Auseinanderbersten, in dessen Folge es zu einer nuklearen Katastrophe unübersehbaren Ausmaßes kommen würde.

Damit hat das Gericht, aus welchen Gründen auch immer, einen, wenn auch kleinen Teil der Wahrheit über die große Gefahr, die die Atomkraftwerke in den Händen der Monopolkapitalisten und des bürgerlichen Staates für die Werktätigen darstellen, bestätigt.

Entsprechend hat die Reaktion der Siemens, BBC und Co., der Bonner Politiker auf das Urteil ausgesehen. In Mitteilungen an die Presse zeigte man sich bestürzt und einige malten sogar das Schreckgespenst eines Deutschlands an die Wand, in dem die Lichter ausgehen.

Das Urteil von Freiburg ist sicherlich ein Erfolg des militanten und entschlossenen Kampfes der Bevölkerung von Wyhl, Freiburg und Umgebung. Aber mit diesem Urteil ist der Bau des Atomkraftwerkes noch lange nicht verhindert. Wenn z. B. die modernen Revisionisten der D„K"P in ihrer „UZ" am 15. März triumphierend schreiben, daß durch eine „umfassende Mobilisierung der öffentlichen Meinung auch Voraussetzungen für demokratische Gerichtsentscheide" geschaffen werden könnten, ist das nichts als Verrat am Kampf der Werktätigen gegen die Atomkraftwerke. Dieser Kampf richtet sich gegen die Monopolkapitalisten und den kapitalistischen Staat der die Interessen der Siemens unc Co. durch die Gerichte und, wenr notwendig, auch mit brutaler Gewal wie in Brokdorf gegen die Werktätigen durchsetzt. Ein bürgerliches Ge richt, das den Interessen der Kapitalisten dient, kann niemals in eine „demokratische Institution im Interesse der Werktätigen umgewandelt werden. Es ist schon jetzt klar, daß dieses Urteil die nächste Instanz nicht überleben wird, wenn es den Kapitalisten und den Verrätern der D„K"P gelingen sollte, den Kampf der Werktätigen abzuwiegeln, indem sie das Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Gerichte predigen.

Die Atomkraftwerke, ob in Wyhl, Brokdorf oder anderswo, können nur durch den revolutionären Kampf der Massen gegen den bürgerlichen Staat verhindert werden.

Wie die Made im Speck...

Hunderttausende von werktätigen Familien sind gezwungen, in elenden Wohnungen zu leben, für die von ihnen von den Wohnungsbauspekulanten auch noch horrende Mieten abgepreßt werden. Und wer eine Neubauwohnung in einer der Trabantenstädte beziehen will, sich an den „sozialen" Wohnungsbau wendet, muß, wenn er das Glück hat, überhaupt eine solche Wohnung zu bekommen, noch einmal kräftig draufzahlen.

Anders dagegen diejenigen, die sich in diesem Staat nach oben gedient haben. Sie brauchen sich in dieser Hinsicht keine Sorgen zu machen und leben wie die Made im Speck. Da ist z. B. der Fall des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, Wolfgang Zeidler. Um diesem Richter eine „standesgemäße" Wohnung zu verschaffen, hat die Bundesregierung fast eine Million DM ausgegeben. Denn natürlich mußte es ein Haus in bester Lage sein: Kostenpunkt 600 000 DM plus Grunderwerbssteuer und Maklergebühren. Und da dieser Herr als Vorsitzender des 2. Senats auch an Terrorurteilen gegen die Gefangenen der RAF mitgewirkt hat, dementsprechend zu „schützen" war und das Haus selbstverständlich renoviert werden mußte wurden noch einmal über 100 00(DM für diese Zwecke flüssig gemacht

Wer nun etwa glaubt, daß Zeidle für seine Villa auch eine entsprechende Miete zahlen muß — kosten heut doch schon einfache 4-Zimmer Wohnungen oft 400 DM und mehr — der hat sich getäuscht. Der „hoh Herr" hat monatlich sage und schrei be ganze 650 DM auf den Tiscl zu legen.

Diese Leute sind Blutsauger un Unterdrücker, die sich auf Kosten de Werktätigen mästen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 10-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk). Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.